

Beschluss (vorläufig) 5- Demokratie in der offenen Gesellschaft

Gremium: LDK Siegen
Beschlussdatum: 10.12.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

1 Für ein offenes und vielfältiges Nordrhein-Westfalen engagieren sich tagtäglich
2 Millionen Menschen in unserem Land. Ob in der Nachbarschaftshilfe, im
3 Frauenhaus, im Katastrophenschutz oder im Stadtrat. Sie stehen füreinander ein,
4 heißen Geflüchtete willkommen, demonstrieren für die Rechte queerer Menschen,
5 kämpfen für globale Gerechtigkeit, gestalten die europäische Einigung und sorgen
6 so dafür, das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: Wir sind verschieden
7 und dabei gleich an Rechten und Würde.

8 Demokratie ist nie fertig, sie ist immer in Bewegung. Wir sind schon weit
9 gekommen und haben gleichzeitig noch viel zu tun. Kinder und Jugendliche sollen
10 über ihre Zukunft mitentscheiden, statt nur vom Spielfeldrand zuzuschauen –
11 deshalb senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Frauen steht die Hälfte der
12 Macht in unserem Land zu, auch in unseren Parlamenten. Wir werden noch viel mehr
13 Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Weg zur Wahlurne bereiten. Und unser
14 Wahlrecht modernisieren, damit möglichst alle Wählenden repräsentiert werden.
15 Wir sprechen die Einladung aus, Entscheidungen nicht über den Kopf der
16 Bürger*innen zu treffen, sondern mit einer neuen Politik der Beteiligung.

17 In Zeiten von Wandel und Umbruch erneuern wir das Versprechen, dass Politik
18 Verantwortung auch für schwierige Entscheidungen übernimmt, zu Fehlern steht und
19 transparent arbeitet. Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren schwere
20 Krisen erlebt – das Hochwasser, Corona und seine Folgen. In der Krise zeigt
21 sich, wer wir sind. Ob wir vorausschauend handeln oder Dienst nach Vorschrift
22 tun – das ist eine Frage von Führung und von funktionierenden Strukturen.
23 Deshalb ist Vorsorge unser politisches Leitprinzip. Gerade in diesen Zeiten ist
24 es wichtig zu wissen: Der Staat schützt mich, er handelt vorausschauend und ist
25 so ausgestattet, dass er auch auf Unvorhergesehenes reagieren kann. Unser
26 Leitbild ist ein Staat, der seinen Bürger*innen im besten Sinne des Wortes zu
27 Diensten ist, der es leicht macht, ihn zu verstehen und sich einzubringen. Der
28 digital, technisch und personell bestens ausgerüstet ist und der Datenschutz,
29 Privatsphäre sowie Souveränität jeder Person auch im digitalen Raum respektiert
30 und schützt..

31 Vielfalt und Nordrhein-Westfalen sind seit langem untrennbar miteinander
32 verknüpft. Vielfalt ist herausfordernd und gleichzeitig eine Chance. Sie zu
33 gestalten und Konflikte auszuhandeln, begreifen wir als unseren politischen
34 Auftrag. Schon viele Male ist unser Land über sich hinausgewachsen, um
35 Einwander*innen und Geflüchtete willkommen zu heißen. Es wird durch Einwanderung
36 reicher. Neue Perspektiven bringen neue Ideen, die uns weiterbringen und uns
37 helfen, mit Herausforderungen fertig zu werden. Wir können Menschen eine neue
38 Heimat bieten, die ihre alte verloren haben. Sie kommen mit großer Hoffnung auf
39 Frieden, Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam mit ihnen machen wir uns
40 selbstbewusst die Errungenschaften unserer Gesellschaft neu bewusst. Wir kämpfen
41 gemeinsam mit ihnen für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für

42 alle gibt und in der Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere
43 Rechte eine Selbstverständlichkeit sind.

44 Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Als bevölkerungsreichstes
45 Bundesland mit großer wirtschaftlicher Stärke hat es auch eine führende Rolle
46 innerhalb der Bundesrepublik. Daraus erwächst der Auftrag, dieses Gewicht auch
47 in der europäischen und internationalen Politik geltend zu machen. Mit einer
48 grünen Landesregierung wird Nordrhein-Westfalen dieser Verantwortung nachkommen.
49 Wir machen in Nordrhein-Westfalen, Berlin, in Europa und auch darüber hinaus
50 Demokratie, Freiheit, Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte zur
51 Richtschnur unserer Politik. Das gilt für internationale Handelsverträge ebenso
52 wie für die europäische Gesetzgebung. Freihandelsabkommen zu Lasten von
53 Menschen, Umwelt und Klima in den Partnerländern lehnen wir ab. Und wir fordern
54 weiterhin eine europäische Flucht- und Migrationspolitik, die das Recht auf
55 Leben und Unversehrtheit zur obersten Maxime macht.

56 **Wir bauen Beteiligung und Mitbestimmung aus**

57 **Neue Politik der Beteiligung und des Dialogs**

58 Demokratie lebt vom Mitmachen! Beteiligung hilft uns, Lösungen zu finden, die
59 von allen mitgetragen werden. Sie kann politische Entscheidungen verbessern,
60 weil die Alltagserfahrung und das Wissen der Bürger*innen einfließen. Das ist
61 gerade jetzt besonders wichtig – denn wir stehen vor großen gesellschaftlichen
62 Umbrüchen, wollen unsere gesamte Infrastruktur klimafest machen. NRW wird
63 gleichzeitig immer vielfältiger. Diese Veränderung begleiten wir mit einer
64 Kultur der Beteiligung und des Dialogs. Wir setzen eine*n zentrale*n
65 Ansprechpartner*in der Landesregierung für Beteiligung und Dialog ein. Wir
66 stärken die direktdemokratischen Elemente unserer Landesverfassung deutlich. Wir
67 berufen Bürger*innenräte zu ausgewählten Zukunftsthemen ein. Denn Erfahrungen
68 aus Bund und anderen Ländern zeigen, dass Bürger*innenräte stark darin sind,
69 konstruktive Lösungen im Dialog zu finden. Zufällig und repräsentativ
70 ausgewählte Bürger*innen beraten über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten
71 Handlungsempfehlungen. Diese muss das Parlament dann beraten. Zudem erleichtern
72 wir direkte Demokratie, indem wir die Mindestanzahl einzureichender
73 Unterschriften für Begehren und Initiativen reduzieren, die Bedingungen für die
74 Unterschriftensammlung vereinfachen und die direktdemokratische Mitbestimmung
75 bei deutlich mehr Themen ermöglichen.

76 **Versammlungsfreiheit schützen**

77 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir frei und ohne Angst unsere Meinung
78 öffentlich sagen können. Für dieses Recht haben viele mutige Menschen lange
79 gekämpft. Sich mit Gleichgesinnten auf Demonstrationen oder Kundgebungen für
80 eine Sache einsetzen zu können ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer
81 Demokratie.

82 Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht und
83 schützt. Es soll für jede*n unbürokratisch möglich sein, Versammlungen
84 anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Auch das Recht auf hör- und sichtbare
85 Gegendemonstrationen schützen wir. Der Schutz der persönlichen Daten ist bei

86 Versammlungen von besonders großer Bedeutung. Eine Befugnis zur Anfertigung von
87 Videoaufnahmen, die über das Versammlungsgesetz des Bundes hinausgeht, lehnen
88 wir ab. Jegliche Form der Datenerhebung hat offen zu erfolgen. Wir orientieren
89 uns an vielen anderen Ländern und wandeln – wo angemessen – Straftatbestände des
90 Bundesgesetzes in Ordnungswidrigkeiten um, wie etwa beim Vermummungsverbot. Die
91 von der Landesregierung betriebene Kriminalisierung der
92 Klimagerechtigkeitsbewegung sowie antifaschistischer Demonstrationen lehnen wir
93 ab.

94 Ernst nehmen, wem die Zukunft gehört: Kinder und Jugendliche

95 Politik darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen. Kinder und
96 Jugendliche haben das Recht, über die Welt, in der sie leben und über ihre
97 Zukunft mitzuentcheiden. Wir werden das aktive Wahlalter für die Landtagswahlen
98 deshalb in einem ersten Schritt auf 16 Jahre senken. So erreichen wir auch, dass
99 alle politischen Akteure die Belange der Jugendlichen besser in den Blick
100 nehmen. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter
101 ggf. weiter absenken. Kinderrechte sind in der Landesverfassung verankert und
102 müssen gelebt werden. Mit einem verbindlichen Jugendcheck werden wir die
103 Gesetzesentwürfe darauf prüfen, wie sie das Leben von jungen Menschen
104 beeinflussen. In den Kitas und Schulen sollen Beteiligungskonzepte verankert und
105 verlässlich gelebt werden, sodass Kinder Demokratie von Beginn an erfahren und
106 in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir
107 der Jugend ein verbindliches Mitspracherecht garantieren. Dazu werden wir den
108 Gemeinden durch Gesetz verbindlich vorschreiben, für die Interessen von
109 Jugendlichen besondere Vertretungen oder Beauftragte zu bestellen. Durch die
110 bessere Einbindung in den demokratischen Prozess muss die Gemeinde die
111 Interessen der Jugendlichen stärker wahrnehmen.

112 Ein Vielfalts-Update für unsere Demokratie

113 Vielfalt ist in Nordrhein-Westfalen gelebte Normalität. Wer hier lebt, soll das
114 Recht haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten und mitzuentcheiden. Wir wollen
115 die strukturellen und institutionellen Hürden abbauen, die bisher eine
116 gleichberechtigte Beteiligung verhindert haben. Wir richten das politische
117 Ehrenamt und die gesellschaftlichen Rahmenbedingunge so aus, dass jede*r
118 unabhängig von Schulabschluss, Einkommen oder individueller Lebenssituation sich
119 aktiv am politischen Prozess beteiligen kann. Auch Bürger*innen aus anderen EU-
120 Staaten sollen das Recht bekommen, an Landtagswahlen teilzunehmen.
121 Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten, die seit langem in NRW ihren
122 Lebensmittelpunkt haben, erhalten das kommunale Wahlrecht. Mehrstaatlichkeit
123 wird hier gelebt und gehört zu einem modernen Staat. Die von der Bundesregierung
124 geplanten Erleichterungen im Staatsangehörigkeitsrecht, die
125 Mehrfachstaatsangehörigkeit und erleichterte Einbürgerungen vorsehen, werden wir
126 dafür nutzen, um offensiv für Einbürgerungen zu werben. Wer sich eine Meinung
127 bilden und aktiv mitgestalten will, muss verstehen können und verstanden werden.
128 Mehrsprachigkeit, Leichte Sprache, Gebärdensprache und Blindenschrift sind ein
129 ganz bedeutsamer Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe. Wir erweitern die
130 sprachliche Vielfalt, insbesondere in öffentlichen Institutionen. Wir schaffen
131 Zugänge, dort wo sie bisher fehlen, um das politische Engagement und die
132 Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in politischen Prozessen zu erhöhen.

133 Wir wollen die Rechte des Kreistages gegenüber Landrat und Verwaltung stärken
134 und vom Kreistag zu wählende Kreisbeigeordnete einführen.

135 Zivilgesellschaft und ehrenamtliche Arbeit unterstützen

136 Demokratie ist nur so stark wie die Gesellschaft, die sie unterstützt. Ob beim
137 Schwimmtraining, im Kita-Förderverein, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in
138 der Kirchengemeinde: Ehrenamtlich engagierte Menschen in NRW sorgen buchstäblich
139 dafür, dass der Laden läuft und tragen die Interessen und Anliegen der
140 Bürger*innen in die Öffentlichkeit. Wir werden dem bürgerschaftlichen Engagement
141 und der Bürgerbeteiligung einen deutlich höheren Stellenwert in der
142 Regierungspolitik einräumen. Hierfür spielt die langfristige Absicherung von
143 Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine
144 entscheidende Rolle. Wir werden die Ehrenamtsstrategie des Landes NRW
145 weiterentwickeln und so erreichen, dass sich alle Menschen ganz einfach
146 engagieren können, unabhängig von Wohnort, Alter, Herkunft, Behinderung oder
147 sexueller Identität. Besonders in ländlichen Gemeinden unterstützen wir
148 ehrenamtlich Engagierte durch Förderscouts. Sie helfen, Fördergelder für
149 gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen. Wir bauen den Freiwilligendienst
150 aus, bei dem viele jungen Menschen sich engagieren und im Rahmen eines
151 freiwilligen Jahres Erfahrungen sammeln. Wir sorgen dafür, dass Freiwillige
152 zukünftig bei Kulturangeboten und beim ÖPNV ähnliche Vergünstigungen und
153 Ermäßigungen bekommen wie beispielsweise Schüler*innen, Azubis und Studierende.

154 Kommunalpolitisches Engagement erleichtern

155 Tausende Menschen übernehmen in NRW ehrenamtlich Verantwortung in der
156 Kommunalpolitik. Wir machen die kommunalen politischen Gremien fit für die
157 Digitalisierung. Dafür erweitern wir die Gemeindeordnung so, dass sie
158 demokratische Teilhabe digital möglich macht. Wir werden mit den Kommunen
159 sicherstellen, dass alle gewählten Vertreter*innen die technischen Möglichkeiten
160 haben, an digitalen Sitzungen teilzunehmen. Das umfasst Hardware, Software und
161 Schulungen.

162 Viele Menschen, z.B. Berufstätige und Menschen mit Verantwortung für Kinder oder
163 Angehörige, die gepflegt werden müssen, werden von dem derzeitigen hohen
164 zeitlichen Mehraufwand abgeschreckt. Dabei ist es begrüßenswert, wenn mehr
165 Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen in der
166 Kommunalpolitik mitmischen. Wir wollen auf kommunaler Ebene die Teilhabe
167 stärken, sodass unter anderem Gremien wie Jugend-, Senioren-, Migrations- und
168 Inklusionsbeiräte geschaffen werden. Mehr Personalmittel für hauptamtliche
169 Unterstützung für die Fraktionen in kommunalen Gremien entlasten die
170 Mandatsträger*innen.

171 **Wir machen den Staat effektiv, transparent und**
172 **bürger nah**

173 **Für einen attraktiven öffentlichen Dienst der Zukunft**

174 Ob in Schulen, bei der Polizei, in Gerichten oder im Gesundheitsamt – gut
175 ausgebildete und motivierte Mitarbeitende sind das Fundament eines Staates, der
176 funktioniert und handlungsfähig bleibt. Doch dieses Fundament hält nicht von
177 allein. Wir müssen handeln um es zu für die Zukunft stärken. Derzeit sind ca.
178 20.000 Stellen in der Landesverwaltung unbesetzt. Unsere Behörden bestehen den
179 harten Wettbewerb um die besten Köpfe nur, wenn die Arbeit im öffentlichen
180 Dienst attraktiver wird. Gemeinsam mit den Interessensvertretungen für die
181 Beschäftigten und den Gewerkschaften werden wir deshalb einen neuen Rahmen für
182 einen modernen öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen schaffen.
183 Den Kern bildet ein Lebensarbeitszeitkonto, mit dessen Hilfe Beschäftigte eine
184 flexible wöchentliche Arbeitszeit erhalten, um damit frühere Pensionierungen
185 oder Auszeiten, zum Beispiel für Sorgearbeit, zu schaffen. Wir werden auch die
186 Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten überprüfen und
187 anpassen, damit der öffentliche Dienst auf der Höhe der Zeit bleibt. Nicht
188 zuletzt werden wir die Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorantreiben. Denn
189 in unseren Behörden gibt es noch viel zu tun um die „gläserne Decke“ für Frauen
190 zu überwinden und ihnen gleichberechtigte Aufstiegschancen – auch in
191 Spitzenpositionen - zu garantieren. Dafür werden wir die Instrumente für eine
192 gleichberechtigte Personalentwicklung nutzen und ausbauen. Bausteine dazu sind:
193 Mentoringprogramme, bereichsübergreifende Vernetzung, Jobsharing sowie das
194 Führen in Teilzeit oder Teams.
195 Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst verurteilen wir. Mit den
196 Gewerkschaften und den Kommunen wollen wir mit geeigneten Mitteln – wie etwa
197 baulichen Maßnahmen in Räumen mit Publikumsverkehr sowie Deeskalationstrainings
198 - dafür sorgen, dass Angriffe und Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen
199 Dienst auf Landes- und kommunaler Ebene verhindert und besser verfolgt werden.

200 **Ein Staat, der funktioniert**

201 In unseren Behörden geben tagtäglich gut ausgebildete Fachleute ihr Bestes für
202 unser Gemeinwesen. Und trotzdem ist der Kontakt zur Verwaltung für viele
203 Bürger*innen und Unternehmen umständlich. Das liegt oft an veralteter Technik
204 und überholten Strukturen und Abläufen. Wir investieren in den
205 bürgerfreundlichen, effektiven Staat mit einfacheren, grundsätzlich digitalen
206 Verfahren. Aber auch der direkte Kontakt und Vor-Ort-Termine bei den Behörden
207 bleiben für viele Menschen wichtig und müssen deshalb weiterhin möglich sein.
208 Nur mit einer zukunftsfähig aufgestellten Verwaltung kann der Staat die vielen
209 an ihn gerichteten Ansprüche und Aufgaben erledigen. Damit überall digital
210 gearbeitet wird, weiten wir das E-Government-Gesetz vollständig auf die Kommunen
211 aus. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Implementierung digitaler
212 Verfahren und der entsprechenden Software, damit kein Flickenteppich entsteht,
213 auf dem jede Kommune sich gezwungen sieht, ihre eigene Lösung entwickeln zu
214 müssen. Und wir nutzen die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe, um
215 gleichzeitig moderne Arbeitsweisen einzuführen. Die Verwaltung der Zukunft
216 arbeitet vernetzt und in Teams, mit großer Transparenz, flexibel und mit flachen

217 Hierarchien. Diese Vision werden wir in ausgewählten Pilot-Behörden mit Ansätzen
218 von „New Work“ und agilen Methoden ausprobieren. Wir schaffen
219 Verwaltungskubatoren, in denen Behörden und ihre Mitarbeiter*innen
220 anspruchsvolle Projekte außerhalb der etablierten Strukturen zur Reife
221 entwickeln können. So ermöglichen wir einen sanften und erfolgsversprechenden
222 Übergang in den Betrieb und einen Kulturwandel in der Verwaltung..

223 Der lernende Staat: gewappnet für die nächste Krise

224 Unser Land befindet sich seit einigen Jahren im Krisenmodus: Zuerst die
225 anhaltende Hitzewelle, dann die Pandemie und schließlich im Sommer 2021 das
226 verheerende Hochwasser: das alles beeinträchtigt und beeinträchtigt noch immer
227 unser aller Leben. Die Krisen decken aber auch schonungslos auf, wo Politik und
228 Verwaltung Nachholbedarf haben. Wir wollen aus ihnen lernen, damit unsere
229 Gesellschaft krisenfester wird. Denn die Herausforderungen werden angesichts der
230 Klimakrise in Zukunft nicht kleiner, sondern größer. Wir versetzen Politik und
231 Verwaltung in die Lage, vorausschauend und planvoll zu handeln. Wir machen
232 Vorsorge zu unserem Leitprinzip. In Nordrhein-Westfalen kommt der
233 Landesregierung dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen eine bessere Kultur
234 der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen den einzelnen
235 Behörden und Ebenen. Zur vorausschauenden Politik gehören Katastrophenpläne für
236 den Ernstfall und mehr Investitionen in Forschung. Wer gut vorbereitet ist, kann
237 planvoll handeln und Schaden abwenden. Deshalb gilt für uns: Eine wichtige
238 Grundlage für unsere Politik legen Wissenschaft und Forschung, sei es beim Klima
239 oder in Pandemien.

240 Transparenzoffensive starten, Korruption bekämpfen

241 Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf zu wissen, wer sich
242 in welcher Weise an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Dafür führen wir ein
243 verbindliches und öffentliches Lobbyregister für die Landesregierung und den
244 Landtag sowie einen umfassenden „legislativen Fußabdruck“ ein. Dieser macht
245 transparent, welche Organisationen und Lobbyinteressen Einfluss auf die
246 Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben. Das Abstimmungsverhalten der
247 Landesregierung im Bundesrat machen wir transparenter und setzen uns dafür ein,
248 dass dies für den ganzen Bundesrat leicht nachvollziehbar wird.

249 Nicht allein durch die Maskenskandale der Union ist offensichtlich geworden, wie
250 schnell Glaubwürdigkeit verloren geht und wie stark dieser Vertrauensverlust dem
251 Parlamentarismus zusetzt. Wir wollen daher das Abgeordnetengesetz überarbeiten,
252 sodass Parlamentarier*innen ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro angeben
253 müssen und ihnen bezahlte Arbeit für Lobbyorganisationen verboten ist. Die
254 Abkühlzeit für Mitglieder der Landesregierung vor einem Wechsel in Lobbyismus
255 verlängern wir auf die Dauer des Bezugs vom Übergangsgeld, längstens auf 24
256 Monate.

257 Wir setzen uns für den wirksamen Schutz von Whistleblower*innen ein. Sie
258 schützen die Beachtung der Rechtsordnung und damit das Funktionieren des
259 demokratischen Systems. Whistleblower*innen brauchen Schutzklauseln im
260 Dienstrecht, damit sie ohne Repressionen auf Missstände hinweisen können.
261 Hierfür schaffen wir eine unabhängige Prüfstelle und setzen uns für einen Fonds
262 zur finanziellen Unterstützung von Whistleblower*innen ein.

263 Korruption, Steuerhinterziehung und Geldwäsche sind Rechtsverstöße mit
264 verheerenden Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für Umwelt
265 und Menschen. Wir gestalten die öffentliche Beschaffung transparenter und
266 schaffen Vorkehrungen gegen Interessenskonflikte. Wir wollen die Angebote zur
267 Korruptionsprävention der öffentlichen Verwaltung ausbauen und unterstützen die
268 Einrichtung von Ombudsstellen.

269 Sichere öffentliche IT - Offene und verfügbare Daten und 270 Software

271 Wir vertrauen der öffentlichen IT viel an. Ob Schüler*innendaten, Stromnetze
272 oder Krankenversorgung – ohne IT läuft nichts in unserer Gesellschaft. Jede
273 Sicherheitslücke kann fatale Folgen haben. Deshalb sichern wir höchste Standards
274 für IT- Sicherheit und Datenschutz bei Behörden des Landes und den Kommunen
275 gesetzlich ab. Deutlich mehr Behörden sollten außerdem den IT-Grundschutz des
276 Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik umsetzen. Wir fördern die
277 gemeinsame Forschung von Hochschulen, Unternehmen sowie Unternehmensgründungen
278 im Bereich IT-Sicherheit.

279 Auf öffentlich zugängliche Informationen zugreifen zu können, ist Grundlage
280 unseres demokratischen Staatsverständnisses. Land und Kommunen sammeln und
281 erstellen mit großem Aufwand riesige Datenmengen. Und die können sehr nützlich
282 sein, etwa für Medien, Bürger*inneninitiativen, die Wissenschaft oder auch
283 innovative Unternehmen. Wir ermöglichen mehr Teilhabe am “Datenschatz” in Form
284 von nicht personenbezogenen Daten. Was der Staat finanziert, muss auch allen
285 zugänglich sein. Wir schreiben in einem Informationszugangsgesetz fest, dass
286 staatliche Stellen ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter
287 Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Wir stärken hierbei
288 die Rechte der Bürgerinnen und Bürger für einen schnellen Informationszugang.
289 Mit uns werden Open Data, Open Source und Open Access zum Standard für alle
290 öffentlichen Stellen vom Ministerium bis in die letzte Amtsstube.

291 **Wir begreifen Vielfalt als Stärke**

292 Zusammen unsere Einwanderungsgesellschaft gestalten

293 NRW ist der Inbegriff von Vielfalt. In unserem Bundesland leben 18 Mio.
294 Menschen, mehr als fünf Millionen von ihnen haben eine Einwanderungsgeschichte.
295 Damit verfügt unser Bundesland über eine Einwanderungsgeschichte, die es über
296 Jahrhunderte hinweg zu dem gemacht hat, was es ist. Die verschiedenen Etappen,
297 in denen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern unser Bundesland mit
298 verschiedensten kulturellen Einflüssen geprägt und bereichert haben, sind Teil
299 unserer Identität und müssen lebendig gehalten werden. Das Dokumentationszentrum
300 und Museum über die Migration in Deutschland (DoMiD e.V.) leistet dafür einen
301 wichtigen Beitrag, was wir auch in Zukunft unterstützen werden. Wir wollen
302 darüber hinaus die Geschichte der Migration als gesamtgesellschaftliche
303 Geschichte von NRW stärken.

304 Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben
305 Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb
306 Mehrsprachigkeit fördern und ihre Anerkennung in unserer Gesellschaft stärken,

307 internationale Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und
308 Vertretungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und
309 einbeziehen. Ihre angemessene Repräsentation insbesondere in öffentlichen
310 Institutionen ist eine Aufgabe, die wir mit Nachdruck vorantreiben werden.

311 Wir sehen NRW auch in der Verantwortung, erinnerungskulturelle Angebote noch
312 breiter zu fassen und auch die deutsche sowie europäische Kolonialgeschichte und
313 ihre Folgen bis hin zu wirtschaftlichen Verflechtungen bis in die Gegenwart
314 systematisch aufzuarbeiten. Hierzu wollen wir ein Konzept entwickeln, das sowohl
315 die historische Aufarbeitung der Verantwortung in NRW als auch eine
316 Auseinandersetzung mit dem Thema in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in
317 Stadt-Quartieren umfasst.

318 **Gemeinsam gegen Diskriminierung: Antidiskriminierungsgesetz**
319 **einführen und Antidiskriminierungsarbeit ausweiten**

320 Jeder Mensch ist unterschiedlich, das macht unser Zusammenleben interessant und
321 dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit
322 Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land
323 sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen
324 ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres
325 Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer
326 sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder
327 in der Freizeit. Oft werden Menschen aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert
328 und manchmal führt eine Benachteiligung zu weiteren. Benachteiligungen gibt es
329 in vielen alltäglichen Lebensbereichen, wie in der Schule, Ausbildung oder bei
330 Behördengängen. Diskriminierung in Institutionen und Behörden findet dabei nicht
331 unbedingt als absichtsvolle Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern
332 hier spiegeln sich noch immer Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst
333 – wider. Diesen strukturellen Benachteiligungen werden wir mit mehreren
334 Maßnahmen entgegenwirken.

335 Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, Diskriminierungen in den
336 Zuständigkeitsbereichen des Landes – wie etwa der Schule oder der Polizei – zu
337 melden und gegen diese auch rechtlich vorzugehen. Die Möglichkeit für
338 Betroffene, sich effektiv gegen erlebte Diskriminierung zu wehren, werden wir
339 mit einer Landesantidiskriminierungsstelle und einem
340 Landesantidiskriminierungsgesetz ausbauen. Indem wir ein Verbandsklagerecht
341 einführen, können sich Betroffene auf Wunsch auch von ihren Verbänden vertreten
342 lassen.

343 Gleichzeitig braucht es ein engmaschiges und niedrigschwelliges Unterstützungs-
344 und Beratungsnetz für alle Formen von Diskriminierung. Die bisherigen
345 Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit wollen wir deshalb flächendeckend
346 ausbauen. Eine Landesantidiskriminierungsstelle vertritt diese Servicestellen
347 auf Landesebene und schafft innovative Wege, um die Bevölkerung über
348 Diskriminierungsformen aufzuklären. Mit eigenen Studien soll die
349 Landesantidiskriminierungsstelle Diskriminierung und strukturelle
350 Benachteiligungen offenlegen und gleichzeitig Handlungsempfehlungen für die
351 Antidiskriminierungspolitik in NRW erarbeiten.

352 Behörden der Zukunft: Partnerinnen der Vielfalt

353 Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen
354 Gesellschaft sein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige
355 Ansprechpartner*innen für Anliegen und Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass
356 oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede*n gleichermaßen
357 zugänglich, verbindlich und verständlich sein.

358 Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW
359 bereits leben und die uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort
360 zu verankern. Darin unterstützen wir unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher
361 intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene
362 Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität
363 und Antidiskriminierung beinhalten und führen verpflichtende Fortbildungsmodule
364 ein. Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir
365 aus, egal, ob der Kontakt online, telefonisch oder persönlich erfolgt. Unser
366 Ziel ist, dass öffentliche Einrichtungen für die soziale, kulturelle und
367 geschlechtliche Vielfalt unserer Gesellschaft sensibilisiert sind und diese
368 selbst abbilden. Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in
369 den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in
370 den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können. Wenn Beschäftigte des
371 Landes rechtsextremes und menschenverachtendes Handeln an den Tag legen, muss
372 konsequent mit den Mitteln des Straf- und Disziplinarrechts dagegen vorgegangen
373 werden.

374 Barrierefrei leben – Teilhabe ohne Schranken

375 Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl
376 beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben
377 möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen
378 in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-
379 Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine
380 gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung werden wir auf Basis des
381 weiterzuentwickelnden Aktionsplans konsequent voranbringen und gleichzeitig das
382 Inklusionskataster und die Teilhabeberichterstattung ausbauen. Wir statten die
383 Monitoringsstelle für die Behindertenrechtskonvention bedarfsgerecht aus und
384 stärken die Unabhängigkeit der Landesbeauftragten für Inklusion und
385 Patient*innen. Mehr Teilhabe geht nur, wenn Menschen mit Assistenz- und
386 Hilfsmittelbedarf schnelle und unbürokratische Hilfe erhalten. Wer eingeschränkt
387 sehfähig oder im Rollstuhl unterwegs ist, sollte ohne große Umwege und ohne
388 fremde Hilfe das Ziel erreichen können. Menschen, egal ob mit oder ohne
389 Behinderung, sollen den Beruf erlernen oder in die Selbstständigkeit gehen
390 können, für die sie sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum
391 Beispiel ein politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein
392 mitzuwirken, soll allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erleichtern
393 wir Unternehmen und Ausbildungsbetrieben, ihre Pflicht tatsächlich zu erfüllen,
394 Menschen mit Behinderung einzustellen und überzeugen sie von den Vorteilen. Wir
395 planen Barrierefreiheit durch Änderungen im Bauwesen und der
396 Quartiersentwicklung von Beginn an ein, wenn öffentliche Gebäude oder Wohnungen
397 gebaut werden. Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in
398 leichter Sprache, in Gebärdensprache, mit Untertiteln oder in Blindenschrift

399 barrierefrei und für alle Menschen leicht verständlich. Dabei berücksichtigen
400 wir auch die besonderen Interessen von Menschen mit nicht-sichtbaren
401 Behinderungen oder psychischen Erkrankungen. Wir tauschen uns im
402 Inklusionsbeirat auf Augenhöhe mit Betroffenen aus und fördern die organisierten
403 Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung stärker. Gemeinsam finden wir
404 Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle auffindbar, zugänglich und
405 nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

406 Lernen für religiöse Vielfalt und Toleranz

407 Ob und was Schüler*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb ist es
408 wichtig, dass jede*r Schüler*in von der ersten Klasse an wirklich die freie Wahl
409 hat, am konfessionellen Religionsunterricht teilzunehmen oder nicht. Ab der
410 ersten Klasse soll flächendeckend Praktischer Philosophieunterricht angeboten
411 werden. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau von Bekenntnisschulen in
412 bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen. Wir unterstützen den
413 islamischen Religionsunterricht auf Grundlage unserer Verfassung. Er leistet
414 einen wichtigen Beitrag für die Gleichberechtigung und Integration muslimischen
415 Lebens. Dafür wird eine entsprechende akademische Ausbildung des Lehrpersonals
416 in Deutschland, in unserem Fall in NRW, benötigt. Wir wollen die Stimmen
417 liberaler Muslime in der Kommission für islamischen Religionsunterricht stärken.
418 Aus anderen Staaten gesteuerte Verbände gehören nicht in die Kommission.
419 Mittelfristig wollen wir den Religionsunterricht im Diskurs mit den
420 Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem dieses Fach
421 verankert ist – zu einem kooperativ-konfessionellen Unterricht weiterentwickeln,
422 der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht.

423 Das Recht auf Religionsfreiheit schützen

424 Religion ist für viele Menschen in NRW ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags
425 und prägender Teil der eigenen Identität und der Deutung der Welt. Die Freiheit,
426 den eigenen Glauben zu leben, ist ein Menschenrecht ebenso wie das Recht, keine
427 Weltanschauung oder Religion auszuüben. Der Staat muss diese Rechte
428 gewährleisten und schützen. Religionsgemeinschaften sind wichtiger Teil unserer
429 Zivilgesellschaft. In ihnen engagieren sich viele Menschen für die Gemeinschaft,
430 sie sind Räume für Engagement und prägen und bieten Heimat. Voraussetzung für
431 einen positiven Beitrag zur demokratischen Gesellschaft ist, dass
432 Religionsgemeinschaften die Grundprinzipien der Verfassung achten, sich dem
433 öffentlichen Diskurs stellen und nicht fundamentalistisch agieren. Das gilt
434 insbesondere dann, wenn sie mit dem Staat kooperieren. Islamische Gemeinschaften
435 können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die
436 rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen, denn muslimisches Leben gehört zu
437 NRW. Die vier großen muslimischen Verbände erfüllen diese Voraussetzungen aber
438 derzeit nicht. Wir unterstützen die Imam-Ausbildung in NRW und werden
439 muslimisches Engagement fördern. Jüdinnen und Juden sind ein Teil unserer
440 vielfältigen Gesellschaft. Gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und
441 Institutionen wollen wir die Vielfalt jüdischen Lebens noch sichtbarer machen
442 und Begegnung und Austausch ermöglichen. Antisemitismus in all seinen Facetten
443 werden wir uns konsequent entgegenstellen.

444 Verhältnis von Staat und Kirche weiterentwickeln

445 Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für
446 Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine
447 gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen
448 – etwa in den Bereichen Bildung, Kinder- und Jugendarbeit oder
449 Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo
450 nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich
451 neutral handeln. Daher verbietet sich die "Ehrfurcht vor Gott" als allgemeines
452 Bildungsziel. So plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an
453 „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle Verbot von Kultur- und
454 Tanzveranstaltungen überwindet, sofern sie keinen störenden Charakter haben.
455 Außerdem wollen wir, dass Allen ein individueller Feiertag im Rahmen der
456 bestehenden Urlaubsregelungen ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im
457 Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchengabengebühr und mit
458 dem Austritt einhergehende bürokratische Hürden abzuschaffen und im öffentlichen
459 Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und
460 die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

461 Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung

462 Die Hälfte der Macht den Frauen

463 Es ist Zeit für eine feministische Regierung und Politik in NRW, mit der wir uns
464 alle gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Frauen verdienen die
465 Hälfte der Macht – im Landtag und in den Gemeinderäten genauso wie in
466 Schlüsselstellen der Verwaltung. Gremien besetzen wir deshalb grundsätzlich
467 mindestens zur Hälfte mit Frauen. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir dafür,
468 dass zur Wahl des Landtags 2027 auch in den anderen Parteien deutlich mehr
469 Frauen auf den Landeslisten und in den Direktwahlkreisen zur Wahl stehen.
470 Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, denn sie berührt alle politischen
471 und gesellschaftlichen Bereiche: die Stadtplanung genauso wie die Planung von
472 Kitas und Ganztagsbetreuung, die Wirtschaftsförderung oder die Unterstützung
473 lokaler Projekte und Initiativen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und
474 Bedarfe von allen Geschlechtern bei allen politischen Entscheidungen
475 berücksichtigt werden.

476 Das Land und die Kommunen bewegen Gelder in Milliardenhöhe, planen Straßen,
477 unterstützen Unternehmen und investieren viel Geld in die kommunale
478 Infrastruktur. Haushaltspolitik ist aber nicht geschlechterblind.
479 Finanzentscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer.
480 Wir stärken eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik durch die konsequente
481 Umsetzung eines Gender-Budgeting-Ansatzes und stellen sicher, dass öffentliche
482 Investitionen und Ausgaben den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Für die
483 echte Chancengleichheit von Frauen und Männern benötigen wir Forschung zum Thema
484 Geschlechtergerechtigkeit. Wir möchten daher den Wissenschaftsbereich der Gender
485 Studies fördern und ausbauen, um große Erkenntnislücken endlich zu schließen und
486 wissenschaftlich fundiert Politik zu machen.

487 Frauen verdienen – Wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken

488 Unser Ziel: Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn, sind
489 wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Was selbstverständlich
490 klingt, muss endlich Realität werden! Wir setzen uns ein für eine gleiche
491 Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in allen Berufsfeldern. Die
492 systemrelevanten Care-Berufe wie Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent
493 von Frauen ausgeübt werden, sollen finanziell und strukturell aufgewertet
494 werden. Und wir nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die
495 wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser
496 „unter einen Hut“ zu bekommen. Grundlage dafür ist die Qualität und Quantität
497 von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita und Ganztagsbetreuung in den
498 Schulen zu erhöhen.

499 Queeres Leben in NRW – selbstbestimmt und 500 diskriminierungsfrei

501 Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, bisexuelle,
502 trans*, inter*, nicht binäre und queere Menschen (LSBTIQ*) mit und ohne
503 Fluchtgeschichte in NRW selbstbestimmt, ohne Ausgrenzung und Angst leben können.
504 Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land und die vielen CSDs und Pride
505 Demonstrationen haben längst einen festen Platz in unserer Gesellschaft.
506 Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele queere Menschen zu
507 ihren alltäglichen Erfahrungen. Deshalb werden wir Betroffenen und Verbänden das
508 Recht geben, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Das schreiben wir in
509 einem Landesantidiskriminierungsgesetz fest. Wir stärken queeres Leben und die
510 Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir den „Aktionsplan für queeres
511 Leben“ weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Er sorgt für Gleichstellung
512 durch Aufklärung, Bildung und Schutz, soll in allen Ministerien umgesetzt und
513 als Querschnittaufgabe dauerhaft verankert werden. Wir bauen das Angebot von
514 niedrigschwelliger und intersektionaler Beratung, Koordination, Kinder- und
515 Jugendarbeit, Senior*innenarbeit, psychosozialer Beratung und Selbsthilfegruppen
516 aus und stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir
517 Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Wir unterstützen das
518 vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement der queeren Community und werden
519 es auch langfristig finanziell besser unterstützen. Außerdem legen wir ein
520 wirksames Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören
521 fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die
522 Opfer von Hasskriminalität und Gewalt geworden sind und verpflichtende
523 Fortbildungen in der Polizei zur Sensibilisierung zu LSBTIQ*-Themen und
524 Hassverbrechen. Die Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung queerer
525 Menschen in unserem Land werden wir aufarbeiten, Opfer entschädigen und Orte der
526 Erinnerung schaffen.

527 Sexarbeiter*innen verdienen unsere Unterstützung

528 Wir trennen klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung.
529 Letzterer ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit allen Mitteln bekämpfen.
530 Sexarbeiter*innen brauchen, wie andere Berufstätige auch, sichere
531 Arbeitsbedingungen sowie eine Kranken- und Sozialversicherung. Wir sichern

532 spezialisierte Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, die
533 Sexarbeiter*innen beraten, unterstützen und bei Bedarf auch Hilfe beim Ausstieg
534 aus der Sexarbeit leisten. Wir stärken die rechtliche und soziale Lage von in
535 der Sexarbeit tätigen und wirken Diskriminierung und Stigmatisierung entgegen.
536 Das geht am besten, wenn wir mit den Betroffenen im Austausch stehen und ihre
537 Lebensrealität genau kennen. Wir werden den Runden Tisch Prostitution wieder ins
538 Leben rufen.

539 **Wir schützen Menschenrechte: Humanitär und fair** 540 **für Geflüchtete**

541 **NRW wird sicherer Hafen: Landesaufnahmeprogramm für** 542 **Geflüchtete**

543 Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen
544 müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen
545 Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch
546 immer ertrinken jedes Jahr Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Die
547 europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die Festung
548 Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und verschiedene
549 Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das Engagement
550 von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten Menschenleben,
551 wo die Institutionen der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union versagen.
552 Wir unterstützen die Pläne des Bundes, eine staatlich koordinierte und
553 europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer einzurichten. Wir stehen an der
554 Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen Sicheren
555 Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese
556 Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie
557 etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit
558 mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns
559 Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem
560 Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

561 **Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten: dezentral,** 562 **kommunal und humanitär**

563 Wir brauchen klare Maßstäbe für die Unterbringung und Versorgung von
564 Geflüchteten hier in NRW. Die individuellen Bedürfnisse, Wünsche und
565 Möglichkeiten von Kindern, Familien oder chronisch Kranken müssen wir dabei
566 stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen
567 wir ab. Das Konzept von Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) halten wir
568 für gescheitert. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir weg von übergroßen und
569 isolierten Einrichtungen hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten mit
570 genügend persönlichen Rückzugsorten. Denn gerade zu Beginn brauchen Menschen mit
571 einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in geschützten Räumen, wo sie
572 ankommen und sich sicher fühlen können. Wir schaffen Schutzräume für Frauen,
573 Kinder und queere Geflüchtete. Ehrenamtliche, die freie Wohlfahrtspflege und
574 andere zivile Akteure leisten bei der Beratung und Betreuung der Geflüchteten
575 einen unerlässlichen Beitrag, den wir hoch schätzen und weiterhin stärken

576 wollen. Allerdings kann und darf die ehrenamtliche Unterstützungsarbeit die
577 staatliche Grundversorgung nicht ersetzen. Ebenso ist eine umfassende
578 Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die
579 helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln.
580 Auch für psychische Beratungen, besonders für Mädchen und Frauen, wollen wir
581 einen niedrigschwelligen Zugang schaffen. Geflüchteten Kindern, die in den
582 Landesunterkünften untergebracht sind, werden wir den Zugang zum Unterricht in
583 Regelschulen ermöglichen.

584 Eine gute Flüchtlings- und Integrationspolitik gelingt nur im Schulterschluss
585 mit den Kommunen. Wir wollen daher den Austausch zwischen den Kommunen, etwa den
586 Kommunalen Integrationszentren und dem Land in diesem Bereich ausbauen und die
587 Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam verbindliche Standards für
588 Flüchtlingsunterkünfte zu entwickeln, die die individuellen Schutzbedürfnisse
589 der Betroffenen beachten. Um die Kommunen hier zu unterstützen, erhöhen wir die
590 Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz, die keine Unterscheidung zwischen
591 Asylbewerber*innen und Geduldeten macht, sodass die Kosten für die Kommunen
592 angemessen sind.

593 Integration von Anfang an ermöglichen und sichere
594 Bleibeperspektiven schaffen

595 Wir wollen Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an für
596 alle Geflüchteten ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der
597 Bleibeperspektive. Sie schaffen für die Ankommenden die Basis für ein
598 eigenständiges Leben in unserer Gesellschaft. Der Verbleib in internationalen
599 Förderklassen soll sich nach den individuellen Bedarfen richten und kann
600 entsprechend verlängert werden. Damit auch Frauen mit Kindern die Kurse belegen
601 und erfolgreich abschließen können, bauen wir begleitende
602 Kinderbetreuungsangebote aus. Als wichtige Partner wollen wir die kommunalen und
603 zentralen Ausländerbehörden stärker in Integrationsprozesse einbinden. Diese
604 neuen „Willkommensbehörden“ sollen Migrant*innen, insbesondere Geflüchtete, bei
605 ihrem Weg zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitsmarktintegration
606 begleiten und fördern und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für
607 Geduldete weitreichend nutzen. Dieses Modell setzt auf individuelle und aktive
608 Beratung sowie Zusammenarbeit mit den Klient*innen. Wir setzen uns beim Bund
609 dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt bleiben und besonders zu schützende
610 Personengruppen wie Sinti*zze und Rom*nja, LSBTIQ* und wegen Gewalt gefährdete
611 Frauen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und Kriegsregionen bewahrt
612 werden. Asylverfahren müssen zügiger bearbeitet werden, aber gleichzeitig immer
613 fair, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und transparent sein. Die
614 Anforderungen an Asylbewerber*innen müssen sich immer am praktisch Leistbaren
615 orientieren. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das
616 letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft
617 als Alternative auszuschöpfen und wollen garantieren, dass die Rechte der
618 Betroffenen geachtet werden. Perspektivisch setzen wir uns für die Abschaffung
619 der Abschiebehaft ein. Denn die Inhaftierung von Menschen, die sich nichts haben
620 zuschulden kommen lassen, stellt eine massive Einschränkung ihrer Rechte dar.
621 Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer, wie aktuell Afghanistan und Syrien,
622 lehnen wir grundsätzlich ab.

623 **Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat**

624 **Justiz modernisieren und entlasten**

625 Unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften kämpfen schon jetzt mit Personalmangel.
626 Unbesetzte Stellen in der IT gefährden die Digitalisierung der Justiz. In den
627 nächsten Jahren werden überdurchschnittlich viele Richter*innen und
628 Staatsanwält*innen in Pension gehen. Darauf müssen wir frühzeitig reagieren.
629 Deshalb benötigen wir moderne, flexiblere und familienfreundlichere Strukturen,
630 die insbesondere für Frauen die Tätigkeit in der Justiz attraktiver machen. Die
631 Justiz muss zudem ein besonderes Augenmerk darauf richten, die Vielfalt der
632 Bevölkerung in Ihren Reihen abzudecken - gerade auch in den Führungsebenen.
633 Migrationsgeschichte oder eine Vielfaltsdimension darf kein Hindernis sein.
634 Momentan ist die Justiz mit zu vielen Aufgaben betraut. Dadurch dauern Verfahren
635 viel zu lang. Um die Strafverfolgung effektiver zu machen, werden wir die Justiz
636 neben einer Personalaufstockung von einigen Aufgaben entlasten. Wir werden die
637 gesetzlichen Bestimmungen dafür schaffen, dass in Nordrhein-Westfalen niemand
638 wegen Bagatelldelikten zu einer Haftstrafe verurteilt wird. Hierzu werden wir
639 Vereinbarungen mit den Verkehrsverbänden abschließen, um ticketloses Fahren als
640 nicht anzuzeigenden Vertragskonflikt einzustufen. Zudem wollen wir die NRW-
641 Richtlinien zum Besitz und Konsum von Cannabis anpassen und den Grenzwert auf 15
642 Gramm anheben. Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weitgehend abschaffen und durch
643 ein System der Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Auch den
644 Jugendarrest, insbesondere den Freizeitarrrest, wollen wir auf den Prüfstand
645 stellen. Sie sind als Mittel der Abschreckung wie auch der Erziehung ungeeignet.
646 Wir halten individuelle Angebote für sinnvoller. Besonders der so genannte
647 Warnschussarrest widerspricht dem wichtigen Strafrechtsgrundsatz der
648 Verhältnismäßigkeit. Wir unterstützen zudem die geplante Verstetigung des Paktes
649 für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern und die Erweiterung um einen
650 Digitalpakt.

651 **Unfaire Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit ersetzen**

652 Wir wollen Ersatzfreiheitsstrafen weitgehend abschaffen und durch ein System der
653 Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Ein wichtiges Prinzip des
654 Rechtsstaates ist es, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und Strafen
655 ohne Ansehen der Person von unabhängigen Gerichten verhängt werden. Das ist
656 derzeit nicht uneingeschränkt gewährleistet, da verhängte Geldstrafen von
657 Menschen mit entsprechendem wirtschaftlichem Hintergrund leicht aus der
658 Portokasse bezahlt werden können, arme Menschen hingegen in manchen Fällen
659 ersatzweise ins Gefängnis müssen. Das ist nicht nur ungerecht und bestraft
660 Vermögenslose doppelt, es erzielt auch nicht den erhofften abschreckenden Effekt
661 bei Vermögenden. Die Abgeltung von (Geld-)Strafen durch gemeinnützige Arbeit
662 gibt der Gesellschaft etwas zurück und dürfte einen stärkeren
663 selbstreflektierenden Effekt haben.

664 **Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Haftanstalten**

665 Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit
666 Straftäter*innen umgeht. Und auch diejenigen, die mit Inhaftierten arbeiten,

667 haben gute Arbeitsbedingungen verdient. Wir streben eine Verbesserung des
668 Personalschlüssels an und wollen den Berufsweg im Justizvollzugsdienst insgesamt
669 attraktiver gestalten. Denn die Beschäftigten in den Haftanstalten kämpfen mit
670 einer sehr hohen Arbeitsbelastung und Überstunden-Kontingenten. Das führt zu
671 einem erhöhten Krankenstand und Einschränkungen für die Gefangenen (weniger
672 Unterricht, Sportangebote, Therapieplätze, Arztbesuche usw.). Einen Schwerpunkt
673 bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen,
674 pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. Die Freien
675 Träger der Straffälligenhilfe sind wichtig für erfolgreiche Resozialisierung.
676 Inhaftierte haben einen Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft
677 auffällige Zustand einiger Haftanstalten darf deshalb kein Dauerzustand bleiben.
678 Zudem birgt er Sicherheitsrisiken, wie zum Beispiel mangelnden Brandschutz. Eine
679 Modernisierungsoffensive bietet dabei auch Chancen für eine menschenwürdige
680 Neukonzeption von Haftanstalten in baulicher und architektonischer Hinsicht.
681 Damit werden Möglichkeiten geschaffen, Vollzugspläne bzw. -ziele
682 erfolgversprechender umzusetzen und auch den Bediensteten den Arbeitsalltag zu
683 erleichtern. Damit Menschen seltener erneut straffällig werden, muss auch der
684 persönliche Umgang mit Inhaftierten respektvoller werden. Zusätzlich braucht es
685 Modellprojekte nach norwegischem Vorbild mit Vorbereitung und Unterstützung bei
686 der privaten und beruflichen Wiedereingliederung.

687 Einfach an dein Recht kommen

688 Jeder Mensch in NRW muss einfach an sein Recht kommen. Wir wollen, dass
689 Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse
690 nicht aus eigenen Mitteln den Rechtsweg beschreiten können, noch besser proaktiv
691 über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und
692 Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufgeklärt werden.

693 Wir werden mit konkreten Projekten das Vertrauen in unseren Rechtsstaat stärken.
694 So wird unter anderem nach dem Berliner Vorbild das Projekt „Wir im Rechtsstaat“
695 auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Hier geben Richter*innen und
696 Staatsanwält*innen halbtägige Kurse, in denen Bürger*innen über ihre Rechte und
697 Pflichten im deutschen Rechtsstaat aufgeklärt werden. Die Kurse werden z.B. in
698 Vereinen, Flüchtlingsunterkünften oder Schulen stattfinden.

699 Jede*r Bürger*in hat in Nordrhein-Westfalen das Recht auf ein faires Verfahren.
700 Das ist in unserem Rechtsstaat eine zentrale Botschaft, auf die Verlass sein
701 muss. Vorurteile und Pauschalisierungen sind bestehende Hindernisse, die diesem
702 Recht entgegensteht. Mit Aktionstagen und Fortbildungen sensibilisieren wir alle
703 Mitarbeitenden in der Justiz für Vielfaltsthemen wie Migration, Religion,
704 Behinderung, Gender und LSBTQI* um individuelle und strukturelle Barrieren
705 abzubauen und um zukünftig untereinander und im Umgang mit Bürger*innen
706 möglichst diskriminierungsfrei zu agieren.

707 Starkes Recht gegen Hass und Hetze

708 Das Internet und Soziale Medien nehmen immer mehr Platz im gesellschaftlichen
709 Leben ein. Neben vielen Erleichterungen und neuen Möglichkeiten sich zu
710 vernetzen sind dort auch Räume für verachtende, beleidigende, rassistische und
711 diskriminierende Kommentare und Handlungen entstanden. Diese „Hate Speech“ kann
712 für die direkt Betroffenen auch in der analogen Welt zur echten Gefahr werden.

713 Zudem ist „Hate Speech“ schädlich für die demokratische Debattenkultur, da
714 rechtsextreme Akteure immer wieder versuchen, demokratische Positionen, die für
715 Vielfalt und Minderheitenrechte einstehen, zum Verstummen zu bringen. Zur
716 Bekämpfung von Hassrede und Gewalt im Netz sind eine effektive Strafverfolgung,
717 eine zwischen Bund und Land gut verzahnte Meldestruktur, eine personell gut
718 ausgestattete Beratungsstruktur sowie Öffentlichkeitskampagnen notwendig, die
719 sich Hass und Hetze entgegenstellen. Wir werden außerdem die Zentral- und
720 Ansprechstelle „Cybercrime“ in der Justiz sowie das Cybercrime Kompetenzzentrum
721 bei Landeskriminalamt NRW im Bereich "Hate-Speech" ausbauen und speziell
722 geschulte Ansprechpersonen für Betroffene bei der Staatsanwaltschaft und in der
723 Polizei einsetzen.

724 **Wir sichern den Schutz vor Gewalt**

725 **Kinder besser schützen**

726 Nicht erst seit den furchtbaren Fällen von Kindesmissbräuchen in Lügde, Münster
727 und Bergisch-Gladbach wissen wir: Beim Schutz von Kindern vor sexualisierter
728 Gewalt – im persönlichen Umfeld und im Internet – sowie anderen Formen der
729 Kindeswohlgefährdung, bleibt weiter viel zu tun. Der Untersuchungsausschuss zu
730 den Fällen sexualisierter Gewalt in Lügde hat gravierende Mängel in der
731 staatlichen Struktur zum Schutz von Kindern aufgedeckt. Diese vielschichtigen
732 Mängel wollen wir mit großem Nachdruck beseitigen. Gemeinsam mit den Kommunen
733 und den Landesjugendämtern werden wir dafür sorgen, dass überall in NRW die
734 gleichen fachlichen und personellen Standards in der Jugendhilfe gelten. Wir
735 stärken die bestehenden Netzwerke des Kinderschutzes vor Ort. So werden wir die
736 alltagsstabilisierende Soforthilfen nach der Aufdeckung sexualisierter
737 Gewalterfahrung und anderer Formen der Kindeswohlgefährdung ausbauen. Alle am
738 Kinderschutz Beteiligten aus Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Bildungs- und
739 Gesundheitswesen arbeiten in Zukunft in verlässlichen und dauerhaften Netzwerken
740 zusammen. Die Koordination dieses Netzwerkes in der Kommune finanziert das Land.

741 Wir richten die Stelle eines*einer unabhängigen Landesbeauftragten für die
742 Belange des Kinderschutzes und der Kinderrechte ein. Bei der Stelle der*des
743 Beauftragten soll ein Betroffenenrat angesiedelt sein, um Betroffene besser
744 einzubeziehen. Zu den Aufgaben der*des Beauftragten gehört auch die Aufarbeitung
745 von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in der Vergangenheit, u.a. in
746 der Kirche und in anderen gesellschaftlichen Institutionen. Wir stärken
747 kindgerechte Verfahren in Justiz und Polizei sowie die Fortbildung von
748 Richter*innen und Staatsanwält*innen und in der Polizei. Dort sollen auch
749 Kompetenzen bei kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden. Wir wollen dafür
750 sorgen, dass den Betroffenen bei der Polizei kompetente Partner*innen zur Seite
751 stehen.

752 **Gewalt gegen Frauen und genderqueere Personen entschieden** 753 **bekämpfen**

754 Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung
755 und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende
756 System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und

757 Interventionsstellen. Die Frauenhilfestrukturen werden wir durch langfristige
758 Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und
759 Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot
760 barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von
761 häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen.
762 Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung
763 schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes
764 Personal gewährleistet wird. Präventive Täterarbeit bauen wir aus. Wir wollen
765 ein starkes Bündnis gegen Sexismus. Die gerichtsverwertbare vertrauliche
766 Beweissicherung setzen wir flächendeckend, wohnortnah um. Für trans* Frauen muss
767 der Zugang zu Frauenhilfestrukturen sowie ihr Schutz in diesen gewährleistet
768 werden.

769 Wir entwickeln das Hilfesystem so weiter, dass Opfer von geschlechtsspezifischer
770 Gewalt die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Dazu werden wir modellhaft
771 Clearingstellen erproben, die allen Frauen rund um die Uhr offenstehen und sie
772 dabei unterstützen, die passgenaue Hilfe zu finden. Außerdem setzen wir bei
773 Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven Bekämpfung von Gewalttaten
774 gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle
775 Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

776 Häusliche Gewalt koordiniert bekämpfen

777 Wir werden die Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und
778 Männer weiterentwickeln und durch ein Monitoring zum Stand der Umsetzung von
779 Gewaltschutzmaßnahmen in NRW ergänzen. . Damit setzen wir die Istanbul-
780 Konvention weiter um, zu der NRW sich bekannt hat. Die Stelle bringt
781 verschiedene Hilfsangebote zusammen und unterstützt die Weiterentwicklung der
782 Gewaltschutz-Einrichtungen und ihrer Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden wir
783 ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in NRW entwickeln. Um
784 innerfamiliäre Konflikte gar nicht erst eskalieren zu lassen braucht es
785 präventive Täterarbeit. Diese wollen wir ausbauen.

786 Auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt. Wir werden die Schutz- und
787 Unterstützungsstrukturen, die sich an männliche Opfer von Gewalt richten,
788 ausbauen. Das erfordert zusätzliche Ressourcen und darf nicht zulasten der
789 bestehenden Frauenhilfestrukturen gehen. Die Interventionsstellen bei
790 häuslicher Gewalt wollen wir finanziell stärken und als Anlaufstellen für alle
791 Opfer häuslicher Gewalt, unabhängig vom Geschlecht, weiterentwickeln.

792 Betroffene unterstützen, die den Gerichtsprozess wagen

793 Opfer von Sexualdelikten, Stalking und Bedrohungen erstatten in viel zu vielen
794 Fällen keine Anzeige. Ein Grund dafür ist die hohe Belastung der Opfer im
795 anschließenden Gerichtsprozess. Das werden wir ändern und uns für eine den
796 Vorwürfen angepasste Zeugenvernehmung einsetzen. Kein Opfer solcher Straftaten
797 darf mehr Angst davor haben, die Täter anzuzeigen. Zudem werden wir die
798 „Childhood“-Häuser in NRW stärken, in denen die notwendige Begleitung von
799 Kindern und Jugendlichen bei Missbrauchserfahrung in kinderfreundlicher Umgebung
800 unter einem Dach koordiniert und strukturiert wird.

801 **Neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung**

802 Wir werden neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung straffällig
803 gewordener Menschen gehen, um für mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu sorgen.
804 In einem neuen Opferschutzgesetz werden wir den Opferschutz stärken und dort,
805 oder in einem eigenen Landesresozialisierungsgesetz, die Resozialisierung
806 berücksichtigen. Außerdem werden wir den Übergang vom Strafvollzug in die
807 Freiheit besser organisieren, so dass ehemalige Straftäter*innen nicht arbeits-
808 oder obdachlos werden und die nötige Unterstützung erhalten, um gesellschaftlich
809 Fuß zu fassen..

810 Oft ist die Haft nicht die gesellschaftlich sinnvollste Strafe, da sie den
811 Bestraften auch nach der Verbüßung ausgrenzt. Deshalb werden wir alternative
812 Sanktionsformen im Sinne von Haftvermeidung stärker in den Vordergrund rücken.
813 Insgesamt werden wir mit der Vereinheitlichung von Gesetzes- und
814 Verwaltungsvorschriften für mehr Klarheit bei Struktur und Zuständigkeiten
815 sorgen, so dass mehr Personal und Geld für den effektiven Opferschutz und die
816 Resozialisierung zur Verfügung steht. Sowohl der Opferschutz als auch die
817 Verbesserung der Lebenslage straffällig Gewordener stehen dabei für uns im
818 Mittelpunkt.

819 **Wir stärken die Sicherheit und schützen**
820 **Bürger*innenrechte**

821 **Mehr Sicherheit mit unserer Polizei: bürger*innenorientiert,**
822 **professionell und gut ausgestattet**

823 Dass Nordrhein-Westfalen ein grundsätzlich sicheres Land ist, liegt auch an der
824 guten Arbeit der Polizei. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols muss sie
825 gut aus- und fortgebildet, personell gut aufgestellt und angemessen ausgestattet
826 sein. Wir nehmen das Leitbild der Polizei-NRW ernst und wollen eine
827 bürgerorientierte, professionelle und rechtsstaatliche Polizei. Die hohen
828 Einstellungszahlen in der Polizei werden wir aufrechterhalten und dabei die
829 Vielfalt der Gesellschaft auch in der Polizei abbilden. Trotz der hohen
830 Einstellungszahlen wollen wir eine hohe Qualifikation der
831 Kommissaranwärter*innen garantieren. Dazu müssen die Ausbildungsstätten
832 (LAFP/HSPV) personell und sachlich weiter ausgebaut, die persönliche Betreuung
833 während der Praktika gewährleistet und gleichzeitig die Qualitätsansprüche an
834 die Kommissaranwärter*innen gewahrt werden. Wir wollen für mehr Beamt*innen im
835 Bezirks- und Schwerpunktdienst sorgen, um die wichtige sozialraumorientierte
836 Polizeiarbeit im „Veedel“ oder Stadtteil zu stärken. Sie sollen auf die
837 Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie z.B. kommunalen Diensten,
838 Beratungsstellen und Streetworker*innen setzen. Damit leisten wir einen Beitrag
839 zur Kriminalitätsbekämpfung und erhöhen das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen.
840 Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung, Software zur Erkennung
841 biometrischer Merkmale und eine weitere Nutzung der Palantir-Software, ohne die
842 Zustimmung der Landesdatenschutzbeauftragten und eine gesetzliche Grundlage,
843 lehnen wir ab. Wir stehen für eine rationale, verhältnismäßige Innenpolitik
844 anstatt Bürgerinnen und Bürger unter einen Generalverdacht zu stellen. Die
845 Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz wollen wir im Rahmen einer

846 Überwachungsgesamtrechnung fortlaufend überprüfen. Eine Ausstattung mit Tasern,
 847 außerhalb der Spezialkräfte, lehnen wir aufgrund der gesundheitlichen Gefahren,
 848 des hohen Fortbildungsbedarfes für die Beamt*innen und der beschränkten
 849 Einsatzsituationen ab. Die begonnene Ausstattung des Wachdienstes mit Tasern
 850 werden wir rückgängig machen.

851 Angesichts der immer größeren Anforderungen beispielsweise in den Bereichen
 852 Kindesmissbrauch, Umweltkriminalität, Geldwäsche, organisierte Kriminalität
 853 (Mafia) werden wir die Kriminalpolizei personell und in der Aus- und Fortbildung
 854 stärken. Dabei ermöglichen wir Spezialisierungen und fördern Fachkarrieren. Die
 855 gesundheitlichen Belastungen im Polizeidienst sollen durch eine Überprüfung der
 856 Schichtdienstmodelle und den Ausbau von Krisenintervention und Supervision
 857 verringert werden. Die Fortbildung, insbesondere der Führungskräfte,
 858 beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der Sensibilisierung gegen
 859 Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität sowie der
 860 Menschenrechtsbildung stärken wir weiter und führen verpflichtende Module hierzu
 861 ein. Wir streben die rechtssichere Einführung einer individualisierten und
 862 anonymisierten Kennzeichnung unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte der
 863 Beamt*innen an.

864 Polizeirecht verfassungsfest ausgestalten

865 Polizei und Bürger*innen brauchen einfach verständliche und verfassungsfeste
 866 Rechtsgrundlagen. Grundrechtseingriffe müssen auf das unbedingt Erforderliche
 867 beschränkt werden. Weitreichende, aber begrifflich unscharfe Eingriffsbefugnisse
 868 helfen auch den in schwierigen Situationen handelnden Polizeibeamt*innen nicht.
 869 Deshalb wollen wir die Polizeirechtsverschärfungen aus dem Jahr 2018 korrigieren
 870 und die Polizeiarbeit damit auf eine effektive, aber grundrechtssensible Basis
 871 stellen. Präventive Freiheitseingriffe ohne eine konkrete Gefahrenlage lehnen
 872 wir ab. Vorbeugende Ingewahrsamnahmen wollen wir auf eine Dauer von 48 Stunden
 873 begrenzen und den Betroffenen einen Rechtsbeistand beordnen. Anlassunabhängige
 874 Kontrollen werden wir abschaffen; kontrollierte Personen sollen zukünftig eine
 875 schriftliche Bestätigung (sog. Kontrollquittung) erhalten, mit der sie die
 876 Begründung der Maßnahme später überprüfen lassen können.

877 Gemeinsam gegen Rassismus in der Polizei

878 Alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe, Religion, Migrationsgeschichte,
 879 Geschlecht oder sexueller Identität – müssen darauf vertrauen können, dass die
 880 Polizei sie schützt und nicht diskriminiert. Daher wiegen die Fälle von
 881 Rassismus und anderen menschenverachtenden Äußerungen in der Polizei schwer.
 882 Alle Rechtsextremismus-Verdachtsfälle müssen lückenlos aufgeklärt werden und der
 883 Entstehung menschenverachtender Einstellungen entgegengewirkt werden. Die
 884 Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der
 885 Polizei NRW“ werden wir umsetzen und die Maßnahmen fortlaufend weiterentwickeln.
 886 Dazu gehören Präventions- und Reflexionsmöglichkeiten in der Polizei sowie
 887 Regelungen zur Rotation. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum
 888 Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus und anderer menschenverachtende
 889 Einstellungen einführen und die Meldung von Hinweisen erleichtern.
 890 Führungskräfte müssen besser qualifiziert und sensibilisiert werden, damit sie
 891 Verdachtsfälle besser einschätzen und intervenieren können. Zusätzlich werden

892 wir eine wissenschaftliche Studie zu rassistischen und anderen
893 menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei NRW in Auftrag geben.

894 Ein*e unabhängige*n Polizeibeauftragte*n für NRW

895 Die Polizei greift durch ihre Maßnahmen zum Teil empfindlich in die
896 Freiheitsrechte der betroffenen Personen ein. Wie jedes Verwaltungshandeln ist
897 auch polizeiliches Handeln überprüfbar. Einzelverfahren vor Gerichten oder im
898 qualifizierten Beschwerdemanagement können aber nicht mögliche strukturelle
899 Fehlentwicklungen innerhalb der Polizei aufdecken. Whistleblower*innen in der
900 Polizei müssen deshalb besonders geschützt werden und ihre Anliegen vorbringen
901 können, ohne irgendwelche Nachteile fürchten zu müssen. Wir wollen daher die
902 Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag NRW ansiedeln.
903 Die Stelle soll sowohl für Bürger*innen als auch für Polizeibeamt*innen
904 ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei
905 unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen. Die*der
906 Polizeibeauftragte soll in einem multiprofessionellem Team arbeiten und
907 Auskunfts-, Akteneinsichts-, Befragungs- und Betretungsrechte erhalten. Wir
908 wollen überprüfen, wie straf- und disziplinarrechtliche Ermittlungsverfahren,
909 z.B. bei Vorwürfen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung oder menschenverachtenden
910 Äußerungen, verbessert werden können - im Interesse der Betroffenen und im Sinne
911 der Polizei.

912 Effektive Zusammenarbeit bei der Polizei

913 In keinem anderen Bundesland ist die Polizeistruktur so kleinteilig wie in
914 Nordrhein-Westfalen. Die Vielzahl der Behörden, ihre unterschiedlichen Größen
915 und Zuständigkeiten führen zu gravierenden Nachteilen bei der Aufgabenerfüllung.
916 Gerade der schreckliche Fall sexualisierter Gewalt in Lügde zeigt, dass eine
917 Polizeistrukturreform dringend erforderlich ist, weil die örtlichen
918 Polizeibehörden große beziehungsweise komplexe Verfahren strukturell nicht
919 leisten können. Daher müssen die Aufgaben und Zuständigkeiten der
920 Kreispolizeibehörden vereinheitlicht und regional gebündelt werden. So wird die
921 Polizeiarbeit überall in NRW effektiver und komplexe Fälle können besser
922 bearbeitet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Polizei weiterhin überall
923 in Nordrhein-Westfalen ansprechbar ist.

924 Kriminalpolitik auf solider Faktenbasis

925 Um die kriminalitätsbezogene Sicherheitslage richtig einschätzen zu können,
926 reichen die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht aus. Diese
927 betrachtet nur die der Polizei bekannt gewordenen Fälle, bis diese an die
928 Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Das Dunkelfeld, also Taten, die der Polizei
929 nicht angezeigt wurden, bleibt hingegen unberücksichtigt. Mögliche Veränderungen
930 von Kriminalitätstrends bleiben so unerkannt. Es wird auch nicht erfasst, ob die
931 gemeldeten Verdachtsfälle überhaupt angeklagt wurden und ein Urteil erging. Wir
932 wollen, dass die Sicherheits- und Kriminalpolitik in NRW auf einer rationalen
933 und evidenzbasierten Grundlage beruht. Wir setzen uns daher für einen
934 periodischen Sicherheitsbericht unter Einbindung externer Wissenschaftler*innen
935 ein. So soll eine regelmäßig aktualisierte Bestandsaufnahme der
936 kriminalitätsbezogene Sicherheitslage erfolgen, die über die bloße Analyse der

937 Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht und
938 Dunkelfeldstudien, Ursachenforschung und die Sicherheitswahrnehmungen der
939 Bürger*innen einbezieht.

940 Vertrag für Demokratie: Entschieden gegen Rechtsextremismus

941 Wir schließen einen Vertrag für die Demokratie: Die Arbeit gegen
942 Rechtsextremismus, Rassismus, insbesondere gegen Rom*nja und Sinti*zze,
943 Musli*innen, Schwarze Menschen und asiatisch gelesene Personen, und
944 Antisemitismus kann nur gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft
945 gelingen. Wir wollen die Zivilgesellschaft durch einen Fördertopf unterstützen,
946 aus dem kleinere Initiativen und Bündnisse unbürokratisch Kleinstfördersummen
947 beantragen können. Die Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus angefangen bei
948 der Opferberatung, über die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bis hin zur
949 Aussteigerberatung werden wir finanziell deutlich stärken und dauerhaft
950 absichern. Wir werden das kommunale Förderprogramm „NRWeltoffen“ auf weitere
951 Kommunen ausweiten und das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus
952 und Rassismus weiterentwickeln. Das Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus
953 wollen wir mit einer eigenen Geschäftsstelle stärken. Auch die Arbeit der
954 Gedenkstätten und anderer Träger der (historisch-)politischen Bildung ist ein
955 wichtiger Beitrag für die Stärkung der demokratischen Kultur und die
956 Sensibilisierung für die Gefahren des Rechtsextremismus. Um die politische
957 Bildung in Nordrhein-Westfalen als wichtigen Bestandteil der Demokratiebildung
958 zu stärken, wollen wir die Landeszentrale für politische Bildung beim Parlament
959 ansiedeln und sie durch einen externen wissenschaftlichen sowie
960 zivilgesellschaftlichen Beirat stärken.

961 Konsequentes Handeln gegen rechte Gewalt

962 Die größte Gefahr für unsere Gesellschaft geht vom Rechtsextremismus aus. Die
963 Sicherheitsbehörden brauchen dringend bessere Analyseinstrumente, um die Gefahr
964 durch neue Tätertypen erkennen zu können. Offene Haftbefehle gegen
965 Rechtsextremisten müssen schnell vollzogen werden. Wir werden die
966 Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses NRW vollständig umsetzen.

967 Das Wissen über rechtsextreme und rassistische Strukturen und Entwicklungen ist
968 unabdingbar für den Kampf gegen Rechts. Deshalb werden wir die
969 Rechtsextremismus-Forschung in NRW stärken und ein Monitoring im Bereich
970 Rechtsextremismus sowie zu menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft
971 einführen. Außerdem setzen wir auf Dunkelfeldstudien und ein Lagebild
972 Rechtsextremismus, um das Verständnis über die Dimensionen von Hasskriminalität
973 und die Entwicklung im rechtsextremen Spektrum zu verbessern. Zudem werden wir
974 ein öffentlich zugängliches Archiv zu Rechtsextremismus in NRW fördern.

975 Neue bzw. verstärkt auftretende Phänomene machen neue Beratungsangebote
976 notwendig. Wir werden ein Angebot schaffen, das das Umfeld von
977 Verschwörungsgläubigen unterstützt. Außerdem werden wir eine personell gut
978 ausgestattete Melde- und Beratungsstruktur für die Betroffenen von „Hate-Speech“
979 schaffen. Zur Unterstützung der Kommunen im Umgang mit Rechtsextremismus wollen
980 wir eine juristische Beratungsstelle auf Landesebene einrichten.

981 Auch in NRW kommt es immer wieder zu rassistisch und antisemitisch motivierten
982 Angriffen auf Synagogen, Moscheen oder Kultureinrichtungen. Wir setzen auf
983 deutlich bessere Schutzkonzepte für diese Einrichtungen und in migrantisch
984 geprägten Stadtteilen. Wichtig ist dabei die Einbindung der Communities in die
985 Entwicklung von Maßnahmen des Landes.

986 Ganzheitliches Handlungskonzept gegen gewaltbereiten
987 Islamismus weiterentwickeln

988 Von salafistischen und jihadistischen Netzwerken geht weiterhin eine
989 ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Die Sicherheitsbehörden
990 müssen gewaltbareitem Islamismus konsequent entgegentreten, um mögliche weitere
991 Anschläge zu verhindern. Aber auch die Präventionsarbeit gegen den
992 gewaltbereiten Salafismus und Jihadismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
993 haben wir im Blick und möchten diese gemeinsam mit allen gesellschaftlich
994 relevanten Akteur*innen stärken und ausbauen. Das von uns angestoßene
995 ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen
996 Salafismus werden wir weiterentwickeln.

997 Den Verfassungsschutz neu ordnen

998 Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer freiheitlichen Demokratie und
999 Gegner unserer vielfältigen Gesellschaft beobachten und dabei einen klaren Fokus
1000 auf verfassungsfeindliche, gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern
1001 seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Den Einsatz von besonders
1002 grundrechtsproblematischen Befugnissen, wie Staatstrojanern zur Überwachung
1003 elektronischer Geräte, die die IT-Sicherheit aller Bürger*innen gefährden,
1004 lehnen wir ab. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes fließen in die
1005 Überwachungsgesamtrechnung ein. Nachrichtendienstliche Befugnisse, darunter
1006 insbesondere den Einsatz von V-Leuten, werden wir auf ihre Verhältnismäßigkeit
1007 überprüfen und auf das Nötigste begrenzen. Zur umfassenden Kontrolle des
1008 Verfassungsschutzes richten wir die Stelle einer/eines ständigen
1009 Sachverständigen beim Parlamentarischen Kontrollgremium ein, um das Gremium bei
1010 der Kontrolle des Verfassungsschutzes, insbesondere bezüglich des Einsatzes von
1011 V-Leuten, zu unterstützen. Zudem schaffen wir mehr Transparenz über die Arbeit
1012 des Verfassungsschutzes, durch öffentliche Sitzungen des parlamentarischen
1013 Kontrollgremiums des Landtags. Wir fördern die Gründung eines unabhängigen
1014 Forschungsnetzwerks, zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und
1015 Zusammenhängen von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. Dazu gehört
1016 auch die Evaluation von Maßnahmen zur Prävention, Intervention und von
1017 Aussteigerprogrammen, die vom Land angeboten oder gefördert werden. Sowohl der
1018 Verfassungsschutz als auch das Forschungsnetzwerk informieren die Öffentlichkeit
1019 und das Parlament über ihre Erkenntnisse und über aktuelle Entwicklungen
1020 verfassungsfeindlicher und gewaltbereiter Gruppierungen und Phänomene, wie die
1021 Verbreitung von Verschwörungsmythen.

1022 **Katastrophenschutz: Aus der Pandemie und der**
1023 **Hochwasserkatastrophe lernen**

1024 Aus der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 werden wir
1025 Lehren ziehen und den Katastrophenschutz in NRW so verändern, dass er deutlich
1026 gestärkt wird. Das Engagement der Einsatzkräfte von Feuerwehren, anerkannten
1027 Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk sowie den Spontanhelfer*innen ist
1028 unverzichtbar. Die Strukturen des Katastrophenschutzes müssen so angepasst
1029 werden, dass Gefahren besser erkannt werden und die Einsatzkräfte schneller das
1030 tun können, wofür sie für den Ernstfall ausgebildet werden: anderen zu helfen.

1031 Zur Katastrophenvorsorge führen wir verbindliche Katastrophenschutzbedarfspläne
1032 auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ein. Im Katastrophenfall soll die
1033 Landesebene Verantwortung übernehmen und die Kreise und kreisfreien Städte
1034 unterstützen. Um die Vorsorge zu unterstützen und im Krisenmanagement
1035 Verantwortung zu übernehmen, benötigen wir ein eigenes Katastrophenschutzamt auf
1036 Landesebene. Die Aktivierung des Krisenstabes der Landesregierung werden wir
1037 verbindlich regeln, damit die Kommunikation mit den unterschiedlichen Behörden
1038 effektiv, schnell und einheitlich gelingt. Wir stärken die Koordination zwischen
1039 Bund, Ländern und Hilfsorganisationen, um auf europäischer Ebene einen
1040 effektiven grenzübergreifenden Katastrophenschutz zu erreichen. Im
1041 Katastrophenfall müssen Warnsysteme so gestaltet sein, dass sie möglichst alle
1042 Menschen erreichen und für diese auch einfach verständlich und nachvollziehbar
1043 sind. Gemeinsam mit den Kommunen und den Akteuren im Katastrophenschutz werden
1044 wir die Selbsthilfefähigkeit der Bürger*innen stärken.

1045 Wir werden auch die Forschung für den Katastrophenschutz und das
1046 Krisenmanagement in NRW stärken. Alle bisherigen Berichte und Evaluationen zu
1047 Katastrophenszenarien werden wir auf den Prüfstand stellen, um den
1048 Verbesserungsbedarf für NRW zu ermitteln. Außerdem braucht das Land eine eigene
1049 Katastrophenschutzplanung, um sich auf die Möglichkeit weiterer Katastrophen,
1050 beispielsweise einen großflächigen langanhaltenden Stromausfall oder einen
1051 Angriff auf die digitale Infrastruktur, vorzubereiten. Auch die Prävention und
1052 Bekämpfung von Wald- und Naturflächenbränden müssen deutlich verbessert werden,
1053 wie die Brandereignisse der letzten Jahre eindrücklich zeigen.

1054 **Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz in seiner Vielfalt**
1055 **stärken**

1056 Die Arbeit von Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz ist
1057 unverzichtbar. Das verdient Anerkennung, Unterstützung der Feuerwehren und der
1058 anerkannten Hilfsorganisationen sowie gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von
1059 Beruf, Familie und Ehrenamt. Der enge Austausch mit den Akteuren im Brand- und
1060 Katastrophenschutz ist uns wichtig. Wir wollen die Ehrenamtskarte weiter
1061 ausbauen, beispielsweise auch durch kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn. Wer
1062 einen Führerschein für Rettungsfahrzeuge erwirbt, macht das im Dienst der
1063 Gesellschaft und bekommt deshalb in Zukunft mehr finanzielle Unterstützung. Wir
1064 werden außerdem eine Feuerwehrrente nach dem Thüringer Modell prüfen.

1065 Unsere Gesellschaft ist vielfältig – wir wollen, dass sich das auch bei
1066 Feuerwehren und im Katastrophenschutz widerspiegelt. Projekte zur Stärkung der
1067 Sichtbarkeit von Vielfalt und für Antidiskriminierungsarbeit unterstützen wir.

1068 Gemeinsam mit den Organisationen wollen wir den Anteil von Frauen sowohl im
1069 Haupt- wie auch im Ehrenamt deutlich erhöhen. Die Kinder- und Jugendarbeit bei
1070 den Feuerwehren und Hilfsorganisationen unterstützen wir. Die
1071 Brandschutzerziehung und die Verankerung von Schulsanitätsdiensten unter
1072 Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sowie Erste-Hilfe-Kurse an Schulen
1073 werden wir ausweiten.

1074 **Wir fördern Kultur, Medien und Sport**

1075 **Verlässliche Förderung für einen neuen Kultur-Aufschwung**

1076 Die Kunst- und Kulturszene in NRW bietet uns allen eine große Dichte
1077 verschiedenster Museen, Clubs, Konzertsäle, Bühnen und freier Angebote. Kultur
1078 und die Künste unterhalten nicht einfach nur. Sie sind das Lebenselixier unserer
1079 Demokratie, sie geben Impulse und halten der Gesellschaft kritisch den Spiegel
1080 vor. Wir Grüne stehen daher für eine transparente, beteiligende und vielfältige
1081 Kulturpolitik. Wir geben Nordrhein-Westfalens einmaliger Kulturlandschaft
1082 Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und Ausbau. Wir Grüne setzen uns auch
1083 künftig für eine deutliche Erhöhung der Kulturförderung im Land ein. Dabei
1084 werden wir neben den „etablierten“ Kunstformen auch weiterhin die freie
1085 Kunstszene und Soziokultur fest im Blick haben. Unser Ziel ist, dass die NRW-
1086 Kulturszene nach der Corona-Krise wieder als Nährboden unserer offenen und
1087 vielfältigen Gesellschaft auflebt. Künstler*innen, Bühnentechniker*innen, Bühnen
1088 und Kulturvereine brauchen dafür finanzielle Sicherheit. Bis die Auswirkungen
1089 der Pandemie abklingen, setzen wir weiterhin auf spezielle Förderungen. Für eine
1090 bessere und verlässliche Kulturförderung stärken wir außerdem die Finanzen der
1091 Städte, Gemeinden und Kreise. Denn sie sind wichtige Geldgeber für die Kultur
1092 vor Ort. Mittelfristig entwickeln wir die Förderlandschaft des Landes weiter und
1093 machen sie krisenfest. Dafür untersuchen wir die Förderstrukturen und beziehen
1094 vor allem die Erfahrungen der Corona-Krise mit ein. Wir achten besonders darauf,
1095 dass die Verwaltungen von Bund, Land und Kommunen in der Kulturförderung besser
1096 zusammenarbeiten und Kreativität nicht im Bestimmungs- und
1097 Zuständigkeitswirrwarr verpufft.

1098 **Kulturschaffende und Künstler*innen besser absichern**

1099 Wenn wir eine freie und vielfältige Kultur wollen, müssen wir auch die
1100 Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen kreativ werden können. Viele Kultur-
1101 und Medienschaffende arbeiten mit großem Engagement unter prekären Bedingungen,
1102 verdienen wenig oder unregelmäßig und sind nicht ausreichend für das Alter
1103 abgesichert. Die Kunstförderung darf deshalb nicht allein am Output orientiert
1104 sein, sondern muss auch die soziale Sicherung der Künstler*innen zum Ziel haben.
1105 Von Seiten des Landes NRW werden wir bis zum Ende der Pandemie die
1106 Stipendienprogramme fortsetzen und dann evaluieren, welche Elemente zu einer
1107 dauerhaften Kulturförderung gehören können. Über eine Gagenuntergrenze für
1108 öffentliche Theater für Solo-Beschäftigte auf und hinter der Bühne verbessern
1109 wir außerdem die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen.

1110 Mehr Raum für Kultur

1111 Kultur braucht Platz! Sie gedeiht in Erfahrungs- und Freiräumen – und zwar am
 1112 besten mitten unter uns, dort wo die Menschen leben und arbeiten. Wir schützen
 1113 und schaffen Kulturräume in ganz NRW und machen unsere Städte und Dörfer damit
 1114 lebenswerter. Wir unterstützen Kommunen, die eine kulturelle Zwischennutzung
 1115 leerstehender Gebäude ermöglichen wollen, etwa durch die Übernahme von
 1116 Versicherungen. Wir unterstützen die Kommunen finanziell in der Organisation von
 1117 Reallaboren, in denen Visionen für die Entwicklung konkreter Maßnahmen
 1118 entwickelt werden. Um NRW als Standort der Kunst und Kulturproduktion zu stärken
 1119 fördern wir Produktionsräume für die Kunst, die gemeinsam und kostengünstig
 1120 genutzt werden können. Nach dem Konzept des „Werkkunsthaus NRW“ und dem Vorbild
 1121 der Werkstätten des Kulturwerks des Berufsverband Bildender Künstler*innen
 1122 Berlin werden wir flexibel nutzbare Werkstätten schaffen, um Künstler*innen eine
 1123 bessere Infrastruktur für ihre Produktion zur Verfügung zu stellen. Auch
 1124 Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen sich für solche
 1125 kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir den Weg frei. Wir
 1126 werden NRW Urban und den Bau - und Liegenschaftsbetrieb NRW dafür in die Pflicht
 1127 nehmen, mit den Kommunen zu kooperieren. Wir passen die Anforderungen zum
 1128 Lärmschutz so an, dass zwischen dem berechtigten Ruheinteresse von
 1129 Anwohner*innen und den Anforderungen an lebendige Kulturräume ein fairer
 1130 Ausgleich stattfindet. Dass Clubs erstmals auch rechtlich als kulturelle Orte
 1131 anerkannt sind, begrüßen wir sehr und werden in NRW dafür sorgen, dass dies
 1132 rechtlich entsprechend umgesetzt wird und Clubs vor Verdrängung geschützt
 1133 werden.

1134 Kultur ist für alle da – Zugang zu Kultur erleichtern

1135 Kunst und Kultur unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung. Wer
 1136 früh und möglichst intensiv die eigene Kreativität entwickeln kann, wird sich
 1137 sozial, kulturell und menschlich auch später im Leben deutlich besser
 1138 zurechtfinden. Kunst und Kultur sensibilisieren auch für die Umwelt und das
 1139 menschliche Miteinander über alle Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir Grüne in
 1140 NRW gut begonnene Projekte wie „Kultur und Schule“, „Kulturrucksack NRW“ oder
 1141 auch „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ klug und modern
 1142 weiterentwickeln. Wir werden die Förderangebote bedarfsgerecht, bürokratie- und
 1143 barriereärmer gestalten. Wir wollen die musischen Fächer in den Schulen wieder
 1144 stärken, Theater-, Museums- und Konzertbesuch sollten künftig auch zum
 1145 schulischen Kanon kultureller Bildung gehören. Dabei sollen auch grundsätzliche
 1146 Überlegungen wie ein „KulturTicket-NRW“ oder vor Ort der „freie Eintritt für
 1147 Schulklassen“ sowie insgesamt eine weitreichende sozialverträgliche Teilhabe an
 1148 Kultur und Kunst in NRW künftig eine noch wesentlich größere Rolle spielen. Hier
 1149 wollen wir entsprechende Modellprojekte vorantreiben. Auch Kooperationsmodelle
 1150 zwischen Freier Szene und öffentlichen Kultureinrichtungen sollen verstärkt
 1151 gefördert werden. Wir werden einen Kulturpass für Jugendliche und junge
 1152 Erwachsene erproben, wie es beispielsweise in Frankreich bereits praktiziert
 1153 wird.

1154 Erinnerungen bewahren und aus ihnen lernen

1155 Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen uns und unser Land weiter. Wir
1156 alle tragen Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit wach zu
1157 halten und aus dieser Erinnerung heraus für unsere Demokratie und unsere
1158 gesellschaftlichen Freiheiten einzutreten. Es gibt nur noch sehr wenige
1159 Zeitzeugen, die von ihren Erlebnissen berichten können und längst nicht jede
1160 Familie im Einwanderungsland NRW hat einen biografischen Bezug zur NS-
1161 Geschichte. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Erinnerung für alle
1162 Menschen lebendig und erfahrbar gemacht wird und sichern daher die Arbeit der
1163 Gedenkstätten finanziell weiter ab. Wir sind außerdem offen dafür, neue
1164 Erinnerungsorte zugänglich zu machen und mit entsprechenden Angeboten
1165 auszustatten – auch um an die Opfer des Rechtsextremismus in der
1166 Nachkriegsgeschichte zu erinnern. Wir setzen uns weiterhin für den Ausbau und
1167 die Weiterentwicklung der Gedenkstätte STALAG 326 in Schloss Holte-Stukenbrock
1168 ein. Rechtspopulistischen und anderen Kräften, die einen Schlussstrich unter das
1169 Gedenken setzen wollen, stellen wir uns entschieden entgegen.

1170 Denkmalschutz in Nordrhein-Westfalen stärken - 1171 baukulturelles Erbe erhalten

1172 Denkmäler zu schützen heißt, unsere kulturelle Identität zu schützen und zu
1173 bewahren. Es bedeutet gleichermaßen Geschichte und Zeitgeist an authentischen
1174 Orten der Erinnerung lebendig zu halten. Der Schutz und die Pflege des
1175 kulturellen Erbes in der Bundesrepublik Deutschland ist ein länderübergreifender
1176 gesellschaftlicher Auftrag, den wir Grüne in NRW stärken wollen. Mit dem
1177 geplanten Denkmalschutzgesetz der schwarz-gelben Landesregierung droht dieser
1178 Schutz zu bröckeln und macht insbesondere die Baudenkmäler zum Spielball
1179 politischer und wirtschaftlicher Interessen. Wir Grüne wollen deshalb die
1180 Stellung der bei den Landschaftsverbänden angesiedelten Denkmalfachämter für
1181 Baudenkmalpflege mit ihrer fachlichen Expertise erhalten und die bewährte
1182 Zusammenarbeit zwischen den unteren Denkmalbehörden und den Fachämtern belassen.
1183 Gleichzeitig gilt es in intelligenter Weise, ökologisches und klimagerechtes
1184 Bauen mit dem Denkmalschutz zu vereinbaren. Hierzu wollen wir in einen Dialog
1185 mit den Fachverbänden und Denkmalschutzbehörden eintreten.

1186 Den Kunstbetrieb vielfältiger und ökologischer machen

1187 Gesellschaftliche Vielfalt ist ein kultureller Schatz. Das sollte sich auch in
1188 den Kultureinrichtungen Nordrhein-Westfalens widerspiegeln. Vielfalt wird mit
1189 uns Programm – und zwar besonders dort, wo das Land und die Kommunen die Kultur
1190 finanziell fördern. Öffentlich geförderte Einrichtungen werden wir unterstützen,
1191 die gesellschaftliche Vielfalt und Barrierefreiheit stärker zu berücksichtigen –
1192 etwa im Programm, bei der Besetzung von Künstler*innen oder Leitungspositionen
1193 oder Jurys. Bei der Besetzung von Intendanten müssen endlich Frauen stärker zum
1194 Zuge kommen. Neue Leitungs- und Organisationsformen als Alternative zum
1195 überkommenen, stark hierarchischen Intendanten-Modell, sollen nicht die Ausnahme,
1196 sondern die Regel werden. Machtmissbrauch und Diskriminierung in kulturellen
1197 Institutionen muss entgegengewirkt und die Mitwirkung und künstlerische Freiheit

1198 der Künstler*innen gestärkt werden. Durch die Förderung von Modellprojekten
1199 regen wir die Entwicklung neuer kollektiver und partizipativer Strukturen an.

1200 Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise.
1201 Zum einen können sie selbst ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern, zum
1202 anderen wichtige Impulse für eine nachhaltige Transformation unserer
1203 Gesellschaft geben. Immer mehr Initiativen, Festivals, Filmproduzierende und
1204 Spielstätten versuchen mit großem Einsatz, ressourcenschonender zu arbeiten. Wir
1205 unterstützen diese Bemühungen ebenso wie die Einrichtung einer „Green Culture
1206 Desk“-Beratungsstelle und eines „Green-Culture-Fonds“ des Bundes.

1207 Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle

1208 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns eine Meinung bilden und demokratisch
1209 um den besten Weg streiten können. Dafür brauchen wir Journalist*innen, die
1210 unabhängig und kritisch arbeiten können. Und wir benötigen ein vielfältiges
1211 Angebot an Zeitungen, Online-, Radio- und Fernsehsendungen. Wir stehen zu einem
1212 pluralistischen, von staatlichen Institutionen unabhängigen und kritischen
1213 öffentlich-rechtlichen Rundfunk, denn er sichert unabhängigen, allen
1214 zugänglichen Journalismus. Wir verteidigen den WDR entschieden gegen
1215 populistische Attacken von rechts und sichern weiterhin seine Finanzierung ab.
1216 Gleichzeitig wirken wir darauf hin, dass der WDR sich mit der Gesellschaft
1217 weiterentwickelt und relevant bleibt. Wir unterstützen ihn, auch jene
1218 Zielgruppen zu erreichen, bei denen er sich bisher schwertut, also etwa bei
1219 Jugendlichen oder Menschen mit Migrationserfahrung. Ebenso wie die Formate und
1220 Inhalte müssen auch die Gremien des WDR in Zukunft die gesellschaftliche
1221 Vielfalt unseres Landes besser abbilden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass
1222 die Mediatheken aller öffentlich-rechtlichen Sender zu gemeinsamen Plattformen
1223 weiterentwickelt werden.

1224 Demokratie braucht Medienvielfalt und Lokaljournalismus

1225 Eine offene Gesellschaft braucht vielfältige Informationsquellen und Medien, in
1226 denen Meinungen ausgetauscht und Entscheidungen kritisch hinterfragt werden.
1227 Doch gerade vor Ort schrumpft die Vielfalt an lokalen Zeitungen und
1228 Radiostationen. Damit sich keine „Informationswüsten“ ohne unabhängige
1229 Berichterstattung zu Politik, Kultur und Gesellschaft bilden, unterstützen wir
1230 die lokale Medienvielfalt und werden dies über eine neue, gemeinsame
1231 Medienanstalt der Länder absichern. Wir geben der Idee des gemeinnützigen
1232 Journalismus Rückenwind, so dass Bürger*innenmedienvereine und
1233 Redaktionsnetzwerke ihre wichtige Arbeit leichter über Spenden finanzieren
1234 können. Gerade dort, wo sich der herkömmliche Lokaljournalismus zurückzieht,
1235 sind diese Initiativen wichtig, um vor Ort kritischen Journalismus aufrecht zu
1236 erhalten. Wir Grüne stehen zum „NRW-Zwei-Säulen-Modell“ und für eine starke
1237 Lokalradioszene. Die NRW-Landesmedienanstalt leistet hier bereits gute
1238 Unterstützungsarbeit, die wir fortsetzen werden. Wir unterstützen die Forderung
1239 der Landesmedienanstalten nach einem Update des Medienkonzentrationsrechts, das
1240 zukünftig alle relevanten Mediengattungen und -märkte - insbesondere auch auf
1241 dem Feld der digitalen Medien - in den Blick nehmen muss.

1242 Medienkompetenz für alle – gegen Fake News

1243 Frei zugängliche Informationen sind der Rohstoff für unsere Meinungsvielfalt und
1244 Demokratie. Wenn sie gefälscht und manipuliert werden, ist das ein Angriff auf
1245 unsere freie Gesellschaft und kann Menschenleben kosten, wie wir in dieser
1246 Pandemie erleben. Gerade das Internet und die sozialen Medien beinhalten beides
1247 und bedürfen stärkerer Selbstkontrolle und Regulierung. Deshalb ist es so
1248 wichtig, dass alle Bürger*innen in NRW lernen, kompetent mit Informationen und
1249 Medien umzugehen – von klein auf, bis ins hohe Alter. Wir unterstützen
1250 Bürger*innenmedien-Kompetenzprojekte, die Bürger*innen und insbesondere auch
1251 Schüler*innen in NRW befähigen, Falschmeldungen und Fake News zu erkennen, zu
1252 kontern und selbst als Faktenchecker*innen zu arbeiten. Die wichtige Arbeit des
1253 2020 neu gegründeten „Landesverbandes Bürger*innenmedien NRW“ unterstützen wir.
1254 Dabei richten wir unseren Blick nicht nur auf deutschsprachige Medien, sondern
1255 auch auf internationale. Denn es ist bekannt, dass zunehmend auch ausländische,
1256 autokratische Strukturen versuchen, mit Desinformationskampagnen die politische
1257 oder gesellschaftliche Willensbildung hier zu beeinflussen.
1258 Demokratiefeindlichen, desinformierenden und hetzerischen Inhalten schieben wir
1259 einen Riegel vor. Wir fördern Medienkompetenz und Faktenchecks. Das Recht auf
1260 Gegendarstellung wollen wir ausweiten, eine konsequente Strafverfolgung
1261 sicherstellen und unsere Sicherheitsbehörden entsprechend sensibilisieren und
1262 ausstatten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutliche Wiederausweitung des
1263 mehrsprachigen Angebots des WDR ein, so dass unabhängige Medienangebote auch
1264 alle Menschen in NRW erreichen.

1265 Medien-, Film- und Kreativwirtschaft fördern

1266 NRW ist ein Film- und Medienland. Die Branche ist ein eigenständiger, wichtiger
1267 Wirtschaftsfaktor, dessen Innovationskraft auch für andere Branchen immer
1268 bedeutsamer wird. Wir stärken ihn weiter durch Förderung und kluge Vernetzung
1269 mit anderen, auch internationalen Förderzusammenhängen. Auch das „Medien Netzwerk
1270 NRW“ soll weiter gestärkt werden. Dabei spielen Ausbildungs- und Förderangebote
1271 wie die „internationale Filmschule Köln“, das „Mediengründerzentrum NRW“ und das
1272 „GamesLab Cologne“ eine zentrale Rolle. Ebenfalls unterstützen wir nach wie vor
1273 ganz besonders die erfolgreiche Arbeit der Film- und Medienstiftung NRW. Die
1274 Gründerförderung in Kreativwirtschaft und Kultur wollen wir in Kooperation mit
1275 den Fach- und Kunsthochschulen in NRW weiter ausbauen und zusätzlich auch eine
1276 effektive Popkulturförderung in NRW etablieren. Wir wollen das fotografische
1277 Erbe in größtmöglicher Vielfalt erfassen, erforschen und bewahren. Wir
1278 unterstützen daher die Initiative des Bundes ein Deutsches Fotoinstitut in NRW
1279 anzusiedeln.

1280 Sport für alle in nächster Umgebung

1281 Mit seinen vielen ehrenamtlich Engagierten ist der organisierte Sport
1282 wortwörtlich die größte Bürger*innenbewegung in NRW, die Werte einer offenen und
1283 solidarischen Gesellschaft vermittelt und jüngeren Menschen vorlebt. Fairness,
1284 Respekt, Teamgeist und Vielfalt stehen dabei im Vordergrund. Auch jenseits von
1285 Vereinen und Verbänden finden sich Menschen zusammen, um gemeinsam Sport zu
1286 treiben und in Bewegung zu bleiben. Deshalb werden wir Bewegungsmöglichkeiten
1287 für alle Generationen in die Wohnumgebung integrieren. Frei zugängliche

1288 Sportmöglichkeiten erfreuen sich großer Beliebtheit, fördern das Zusammenleben
1289 in den Quartieren und stärken die Gesundheit. Deshalb werden wir das Thema
1290 „Bewegungs- und Sportflächen in Quartieren“ in zukünftigen Städtebauprogrammen
1291 des Landes als Förderkriterium mit aufnehmen. Das Miteinander im Sport, das
1292 gemeinsame Bewegen, die vielfältige Bildungsfunktion gerade des organisierten
1293 Sports und die aktivierende Förderung von Bewegung braucht aber neben der
1294 nahegelegenen Infrastruktur Menschen, die - vielfach ehrenamtlich - anderen und
1295 der Gesellschaft den Sport erst ermöglichen. Wir schätzen und wissen um die
1296 existenzielle Bedeutung von Trainer*innen, Übungsleiter*innen,
1297 Vereinsverantwortlichen oder Stadtteilakteuren. Gerade in der Post-Corona-Zeit
1298 wollen wir mit Kampagnen und Maßnahmen auch in Abstimmung mit dem organisierten
1299 Sport und seinen Bildungswerken dieses Engagement neu beleben, denn auch die
1300 beste Sportstätte braucht Übungsleiter*innen für Bewegungsangebote.

1301 Sport braucht eine intakte und nachhaltige Infrastruktur

1302 Sport ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig. In den Vereinen, auf
1303 Sportplätzen, in Hallen und Schwimmbädern kommen Menschen verschiedener
1304 Herkunft, unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster Lebenserfahrungen
1305 zusammen. Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne
1306 unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung. Viele
1307 vereinseigene Sportstätten werden zurzeit durch das Programm „Gute Sportstätten
1308 2022“ instandgesetzt. Den Erfolg des Programms werden wir evaluieren und das
1309 Programm weiterentwickeln. Auch die finanzielle Unterstützung der Kommunen für
1310 den nachhaltigen und klimagerechten Umbau der Sportstätten jeglicher Art (auch
1311 jenseits der Norm) muss gewährleistet werden. So bedarf es im Bereich der
1312 Kunstrasenplätze plastikfreier Alternativen, im Bereich der Quartiersentwicklung
1313 auch der Umnutzung von früher anderweitig genutzten Flächen. Wir setzen uns
1314 insbesondere für eine gute Bäderinfrastruktur ein und stärken den
1315 Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind
1316 bis zum Ende der Grundschulzeit die Möglichkeit hat, schwimmen zu lernen.

1317 Sportförderung und Sportgroßveranstaltungen, von denen alle 1318 profitieren

1319 Wir Grüne sehen Sportgroßveranstaltungen als integratives und einendes Element
1320 an. Außerdem profitieren sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport von
1321 solchen Events. Um ihre Akzeptanz zu fördern sollen sie in Nordrhein-Westfalen
1322 unter der Maßgabe von Nachhaltigkeit und Kostentransparenz und unter Beteiligung
1323 der Bürger*innen in Zukunft begleitet und vorangetrieben werden.

1324 Sport und Bewegung leisten wichtige Beiträge zur gesundheitlichen Prävention.
1325 Wir werden den Präventionsgedanken noch stärker in die Sportförderung
1326 integrieren. Prävention und Gesundheitsförderung sind ein Mehrwert für alle,
1327 aber insbesondere auch für ältere Menschen. Unser Ziel ist es, die Förderung der
1328 guten, eigenverantwortlichen Arbeit des LSB NRW nach „Good-Governance“-Kriterien
1329 transparent und rechtssicher zu gestalten und gleichzeitig die Wünsche von
1330 Sportler*innen ohne Zugehörigkeit zu einem Verein ausgewogen zu berücksichtigen.
1331 Hierfür ist es richtig, sich in einer neu zu schaffenden Landessportkonferenz
1332 mit allen wichtigen Sportakteur*innen an einen Tisch zu setzen. Wir legen mit
1333 einem Sportfördergesetz die Grundlage, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit

1334 haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.

1335

1336 Wir stärken den Kampf gegen physische, psychische und sexualisierte Gewalt und
1337 entwickeln das Programm ‚Schweigen schützt die Falschen‘ gemeinsam mit dem
1338 Landessportbund weiter. Wir bauen darüber hinaus eine unabhängige Anlaufstelle
1339 auf.

1340 Dialog im Sport fördern, eSport unterstützen

1341 Wir Grüne werden dem Sport ein verlässlicher Partner darin sein,
1342 Sportveranstaltungen zu dem zu machen, was sie sein sollten: ein Ereignis, an
1343 dem die ganze Gesellschaft teilnehmen kann. Dafür sollen regelmäßige
1344 Dialogformate und Fan-Hearings die Kommunikation und Kooperation zwischen allen
1345 Beteiligten verbessern und das Engagement gegen Gewalt, Diskriminierung,
1346 Ausgrenzung und Hass im Sport stärken. Wir setzen dabei ausdrücklich darauf, die
1347 organisierte Fanszene als aktiven Teil der Zivilgesellschaft einzubeziehen.
1348 Ebenso gehören die Polizei, die „Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze“, die
1349 Ordnungsbehörden, Vereine und Verbände sowie Fanprojekte und Fanbeauftragte zu
1350 den Gesprächspartner*innen.

1351 Wir unterstützen Gaming-Kultur und eSport. Wir setzen uns dafür ein, dass
1352 eSport-Vereine als gemeinnützig anerkannt werden. Um Austausch und Verständigung
1353 zwischen beiden Welten zu fördern, unterstützen wir gemeinsame Projekte von
1354 eSport und klassischem Sport. Ähnlich wie beispielsweise beim klassischen
1355 Fußball die Themen Rassismus und Vielfalt, machen wir auch beim eSport
1356 gesellschaftliche Themen zum Gegenstand von Förderung und Austausch.

1357 **Wir gestalten gemeinsam Europa und die Eine Welt**

1358 NRW vernetzt Europa – global denken, lokal handeln

1359 NRW liegt als bevölkerungsreichstes Bundesland im Herzen Europas und profitiert
1360 als starke Wirtschaftsregion von der europäischen Integration. Wir sind
1361 überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen des
1362 Klimawandels nur auf internationaler Ebene bewältigen können. Ganz besonders
1363 zählen wir dabei auf unsere europäischen Partner*innen. Wir streben die
1364 Schaffung einer europäischen föderalen Republik an. Mit diesem Ziel unterstützen
1365 wir aktiv die Konferenz zur Zukunft Europas.

1366 Wir gründen eine Europa-Stiftung, die die europäischen Werte und die
1367 unterschiedlichen Facetten einer lebendigen Demokratie in der schulischen und
1368 außerschulischen Bildung fördert. Damit schaffen wir eine Koordinierungs- und
1369 Ansprechstelle für die zahlreichen dezentralen Angebote in NRW. Indem die
1370 Stiftung ebenfalls den europaweiten Austausch zwischen Kommunen und Regionen
1371 stärkt, erneuert sie den europäischen Zusammenhalt und macht die
1372 Errungenschaften der Europäischen Union für die Bürger*innen vor Ort erlebbar.
1373 Auch die EU-Programme Erasmus+ und Horizon Europe wollen wir so umsetzen, dass
1374 sie möglichst viele erreichen. Wir setzen uns von NRW aus für die Einhaltung der
1375 Menschenrechte und Rechtsstaatsprinzipien innerhalb der EU ein, wollen weitere
1376 Austritte nach dem Brexit verhindern und halten entschieden gegen
1377 antidemokratische Angriffe.

1378 **Wir kämpfen weiter für ein echtes Lieferkettengesetz**

1379 Viele Jahre haben Grüne im Bundestag und im Europäischen Parlament für ein
1380 Lieferkettengesetz gekämpft, welches Arbeitnehmer*innenrechte und
1381 Umweltstandards auch in Drittländern schützt und deutsche und europäische
1382 Unternehmen für Verstöße ihrer Lieferanten in die Verantwortung nimmt. Das 2021
1383 beschlossene Gesetz ist für uns Grüne eine herbe Enttäuschung. CDU, CSU und SPD
1384 haben ein Gesetz beschlossen, das zwar eine Lieferantenhaftung vorsieht, die
1385 Ausnahmen aber zur Regel macht. Maßgebliche Teile der deutschen Unternehmen
1386 werden vom Gesetz nicht erfasst. Bis es ein echtes Lieferkettengesetz gibt,
1387 werden wir vorangehen und die öffentliche Beschaffung in NRW durch ein neues
1388 Tariftreue- und Vergabegesetz nach nachhaltigen und sozialen Kriterien
1389 ausrichten. Darüber hinaus werden wir die Kommunen im Land bei der Umsetzung
1390 einer nachhaltigen Beschaffung unterstützen. Städte und Gemeinden unterstützen
1391 wir auf Wunsch bei Ausschreibungen in Bezug auf Nachhaltigkeit, Tariftreue und
1392 sozialen Kriterien. Pilotkommunen sollen ihr Wissen an andere weitergeben
1393 können.

1394 **NRW arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und**
1395 **global**

1396 Die Umsetzung der Agenda 2030 und der Klimaziele gehen zu langsam voran. Wir
1397 setzen die Ziele im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie NRW um, indem wir die UN-
1398 Nachhaltigkeitsziele als festen Bestandteil in allen Landesressorts etablieren
1399 und auch die Kommunen dahingehend unterstützen. Außerdem führen wir einen
1400 verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck ein, um bei Gesetzentwürfen und bei der
1401 Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, ob soziale und ökologische Standards
1402 eingehalten werden. Der Europäische Grüne Deal stellt für uns einen klaren
1403 Handlungsauftrag dar, bis 2040 klimaneutral zu sein. Wir wollen in NRW
1404 vorangehen und uns dieser Verantwortung stellen und möglichst vor 2040
1405 klimaneutral werden. Grundlage dafür ist auch ein fairer und nachhaltiger
1406 Handel. Die Handelsabkommen CETA und Mercosur lehnen wir deshalb in ihrer
1407 jetzigen Form ab. Unser Ziel muss sein, unseren Kindern einen Planeten zu
1408 hinterlassen, der lebenswert ist.

1409 Neben fairer Entlohnung und Arbeitssicherheit ist die Kreislaufwirtschaft ein
1410 wichtiger Baustein. Um die begrenzten Ressourcen der Erde zu schonen und Energie
1411 einzusparen, müssen so viele Produktionsverfahren wie möglich im Kreislauf
1412 geführt werden. Hierfür brauchen wir beispielsweise nachhaltiges Produktdesign
1413 und mehr recyclingfähige Rohstoffe. Die dafür nötigen Maßnahmen möchten wir
1414 gemeinsam mit Branchenvertreter*innen, Verbänden, Gewerkschaften und der
1415 Zivilgesellschaft umsetzen. Das Land muss hier als Partner auftreten und die
1416 Industrie bei dieser Aufgabe finanziell unterstützen. Branchenverträge können
1417 dafür den geeigneten Rahmen bilden.

1418 **Zivilgesellschaft für die Eine Welt stärken**

1419 Viele Menschen engagieren sich in unserem Bundesland ehrenamtlich für den
1420 globalen Süden. Sie bauen gemeinsam mit ihren Partner*innen dort Projekte auf.
1421 Immer mehr Verbraucher*innen kaufen fair gehandelte Produkte und sie alle
1422 leisten damit einen ganz persönlichen Beitrag. Diese zivilgesellschaftlichen

1423 Aktivitäten wollen wir unterstützen durch den Ausbau des „Eine Welt Netzes“ als
1424 Dachverband entwicklungspolitischer Vereine und engagierter Personen in NRW
1425 sowie durch verstärkte Kampagnen für „Fairen Handel“. In unserem Land existiert
1426 eine gute Struktur von Angeboten zur Nachhaltigkeitsbildung. Diese bestehenden
1427 Strukturen wie die Stiftung „Umwelt und Entwicklung NRW“ und das Programm
1428 „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ wollen wir ausbauen,
1429 um mehr Menschen damit zu erreichen. Auch die internationale Zusammenarbeit mit
1430 den beiden NRW-Partnerländern Südafrika und Ghana wollen wir intensivieren. Wir
1431 fördern globale Partnerschaften von Vereinen, Verbänden, Kommunen, Wissenschaft
1432 und Betrieben aus NRW. Einen wichtigen Aspekt bilden hierbei der beiderseitige
1433 Austausch und Kooperationsprojekte von Studierenden, Schüler*innen und
1434 Auszubildenden.

1435 Städtepartnerschaften für Nachhaltigkeit

1436 Viele unserer Städte und Gemeinden haben enge Beziehungen mit ihren
1437 Partnerregionen überall auf der Welt und führen gemeinsam Projekte aus, auch in
1438 der kommunalen Entwicklungspolitik. Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren
1439 Kommunen ein Konzept entwickeln, um die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele,
1440 Menschenrechte und Fairen Handel zu zentralen Aspekten bestehender und
1441 zukünftiger Städtepartnerschaften macht.

1442 Auch ist Nordrhein-Westfalen Mitglied der internationalen „Under-2-Coalition“,
1443 die mit regionalen Maßnahmen die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius
1444 begrenzen will. Kommunale Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle
1445 spielen, um auf kommunaler Ebene einen Beitrag zu den globalen Herausforderungen
1446 zu leisten. Denn es sind maßgeblich unsere Städte und Gemeinden, die europäische
1447 und internationale Vereinbarungen umsetzen und mit Leben füllen.
1448 Klimapartnerschaften helfen ihnen dabei, sich untereinander zu vernetzen,
1449 Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte umzusetzen. Damit die Kommunen
1450 Ansprechpartner*innen haben, wenn sie eine Klimapartnerschaft aufbauen wollen,
1451 schaffen wir eine Koordinierungs- und Beratungsstelle auf Landesebene, die sie
1452 bei ihrem Vorhaben unterstützt und begleitet. Außerdem stellen wir Finanzmittel
1453 für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Gemeindefinanzierungsgesetz zur
1454 Verfügung.

1455 NRW als Standort für Internationales verankern

1456 NRW ist mit seiner Bundesstadt Bonn ein wichtiges Zentrum für internationale und
1457 Eine-Welt-Politik. Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz und werden diesen
1458 besonderen Standort mit einer vertraglichen Zusatzvereinbarung weiter
1459 unterstützen. Allein die UN sind hier mit 20 Einrichtungen vertreten, hinzu
1460 kommen noch über 150 weitere internationale Institutionen, Vereine und
1461 Hilfswerke der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Bonn ist
1462 ebenfalls Standort des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit
1463 und Entwicklung“, des „Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik“, der
1464 „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ oder dem „Bonn International
1465 Center for Conversion“. Mit dieser breiten Struktur aus Wissenschaft,
1466 internationalen Organisationen und NGOs soll das Land NRW Vorreiter in der
1467 Entwicklungszusammenarbeit sein. Wir wollen NRW als wichtigen Stand- und

1468 Konferenzort für Menschenrechte und Friedensbildung, Nachhaltigkeitsstrategien,
1469 und Demokratisierungsprozesse etablieren.

1470 NRW: Hafen für Menschenrechte und Teil der Einen Welt

1471 Wir leben in einem funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die
1472 Rechte seiner Bürger*innen zu schützen. Was für uns so selbstverständlich
1473 klingt, ist es für viele Journalistinnen, Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen und
1474 Menschenrechtsverteidiger*innen, Frauen, LBTTIQ, Menschen mit Behinderung,
1475 Angehörige von Minderheiten in vielen Ländern dieser Erde nicht. Sie werden von
1476 Unrechtsregimen als Regimegegnerinnen und -gegner angesehen und wegen ihrer
1477 Arbeit oder lediglich aufgrund ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer
1478 Orientierung im eigenen Staat unterdrückt, bekämpft, verfolgt.

1479 Wir wollen diesen Menschen in NRW einen sicheren Hafen bieten, in dem sie ihre
1480 Arbeit fortsetzen können und vor Repressalien geschützt sind. Im Bundestag
1481 verabschiedeten Abgeordnete bereits 2003 das Programm „Parlamentarier schützen
1482 Parlamentarier“; aus dem schon 100 Patenschaften hervorgegangen sind. Die
1483 Abgeordneten nutzen dabei ihr Netzwerk, um bedrohte Parlamentarierinnen und
1484 andere Menschenrechtsaktivisten aufzunehmen. Ein solches Programm wollen wir
1485 auch für NRW schaffen und die bisherigen Erfolge in der Verteidigung von
1486 Menschenrechten weiter nach vorne zu bringen.